

Er scheint täglich außer Sonntags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 2,30 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
6 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Vollabonnement:
2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Österreich-
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingere-
te in der Post-Zeitungs-Druckerei
für 1894 unter Nr. 6919.

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 17. Januar 1894.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der preussische Landtag und die Sozialdemokratie.

Heute tritt der preussische Landtag zusammen, das Herrenhaus, um das das Volk sich überhaupt kaum noch kümmert, und das Abgeordnetenhaus, das durch das Dreiklassen-Wahlrecht, diesem ureigensten Erzeugnis preussisch-bureaucratischer Rechenkünstelei, zur Karrikatur einer Volksvertretung gemacht wurde.

Es hieße Pöbelhauben nach Potsdam tragen, wollten wir nochmals alle die Gründe zusammenhäufen, weshalb wir Sozialdemokraten es verschmähen, uns an den Wahlen zu dieser Geldackerververtretung zu beteiligen. Sobald sich das Proletariat als organisierte Partei in einen politischen Interessengegensatz gegen die sämtlichen übrigen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnungen stehenden Parteien stellte, konnte es nicht mehr darauf rechnen, aus eigener Kraft irgendwo einen Abgeordneten durchzubringen. Es wäre, um nur ein paar sozialdemokratischen Kandidaten zu Sigen im preussischen Abgeordnetenhaus zu verhelfen, erforderlich, Kompromisse mit irgend einer andern politischen Partei einzugehen, da günstigen Falls, selbst dann, wenn das gesamte Proletariat eines Wahlkreises sich der sozialdemokratischen Partei angeschlossen hätte, nur die Wahlmänner der dritten Abtheilung der Sozialdemokratie zuzufallen würden, nicht aber die der beiden anderen. Höchstens ein Drittel der Wahlmänner können also für unsere Partei gewonnen werden und nur durch irgend ein Kompromiss mit einer andern Partei würde sich dieses Drittel bei der Abstimmung zu der erforderlichen absoluten Mehrheit erweitern lassen. Das wäre aber nicht anders zu erreichen als durch schädliche Zugeständnisse, die uns für künftige politische Kämpfe die Hände binden würden. Ueberdem würden wir durch solche Kompromisse den Standpunkt des Klassenkampfes, der schroffen Scheidung von den übrigen Parteien, aufgegeben haben. Und durch alle diese Umstände würde die zukünftige Entwicklung unserer Partei und des gesamten politischen Lebens derart gefährdet werden, daß demgegenüber die augenblicklich durch Wahlbetheiligung zu erringenden Vortheile zu minderwerthig erscheinen. So ist uns denn nichts anderes übrig geblieben, als bei Seite zu stehen, wenn die Bourgeoispartei sich untereinander um die Mandate rufen, die die Bureaucratie ihnen, nach der Rechtsverkümmern des Proletariats durch die Otkonvierung des elendesten und widersinnigsten aller Wahlsysteme preisgegeben hat.

Aber wenn wir abseits stehen müssen bei der Wahl, so verharren wir doch nicht interesselos den Angelegenheiten gegenüber, die dem preussischen Landtag vorbehalten sind. Durch die Gesetze und Maßregeln, die er beschließen, die Steuern, die er dem Volke auferlegen kann, greift der preussische Landtag beständig in die Entwicklung des Volkes ein und fördert oder hemmt dessen Wohlstand. Kaum minder wichtig für das Volkswohl als die dem Deutschen

Reich überantworteten Angelegenheiten, zu deren Erledigung die Zustimmung des Reichstags erforderlich ist, erscheint das, was als Landesangelegenheit der Verfügung von Regierung und Landtag verbleibt, in Preußen wie in den übrigen deutschen Ländern. Ueberall dort, wo der Sozialdemokratie die Theilnahme an den Landtagswahlen ohne Verleugnung ihrer Prinzipien möglich ist, hat sie denn auch dafür gesorgt, ihre Vertreter in die Landtage der Einzelstaaten hineinzubringen. In den Volksvertretungen Bayerns, Sachsens und anderer deutschen Staaten sind sozialdemokratische Abgeordnete mit Erfolg thätig, im Königreich Sachsen besonders seit Jahren schon.

Somit liegt die Schlussfolgerung so nahe, daß sie kaum ausgesprochen zu werden braucht: Wenn wir auch in Preußen gegenwärtig genöthigt sind abseits zu stehen, so sind wir doch mit dieser thatsächlichen, durch die Verhältnisse uns aufgezwungenen Rechtsverkümmern keineswegs zufrieden, sondern müssen das unsere thun, um auch auf dem Gebiete der preussischen Landesgesetzgebung und Verwaltung für die Interessen des Proletariats wirken, seinen Emanzipationskampf fördern zu können. Dazu müssen wir zunächst die Beseitigung des Dreiklassen-Wahlsystems in Preußen erstreben. Aus freien Stücken wird weder die Bureaucratie noch die Bourgeoisie, in deren Interesse jene die Landesverwaltung führt, ein solches Zugeständnis machen. Die Bureaucratie hat allerdings einmal geglaubt zu der Zeit, als das preussische Bürgerthum noch einer kräftigen oppositionellen Haltung fähig war, gegen diese Opposition das Proletariat verwenden zu können und hat deshalb im Jahre 1867 für die Reichstagswahlen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zugestanden. Sie hat sich aber bald in ihrer Verachtung getäuscht gesehen, als sie erkannte, daß in dem jugendstarken Proletariat ihrem patriarchalischen Regiment ein weit gefährlicherer Gegner erwuchs, als die altersschwache Bourgeoisie es je war oder werden konnte. Und seitdem hält die Bureaucratie mit verdoppelter Fähigkeit an dem Wahlsystem fest, das ihr oberster Chef einst für elend und widersinnig erklärt hat.

Von der Bourgeoisie und der ihr angegliederten Junkerklasse hat das Proletariat aber ebenso wenig eine Unterstützung in dem Streben nach Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für Preußen zu erwarten, da das Dreiklassen-Wahlsystem jenem Interessengruppe die einzige Möglichkeit gewährt, sein Privilegium der Staatsausübung noch für eine längere Frist zu behaupten. So bleibt denn das Proletariat auch hier auf seine eigene Kraft angewiesen, und das ist gut.

Fragen wir nun, wie sich die Einführung eines Wahlsystems in Preußen erreichen läßt, so würde der deutschen Bureaucratie das Verhalten der Bruderparteien in zwei Nachbarländern die Wege gewiesen haben, wenn sie nicht längst schon aus eigener Erfahrung die Wirkungskraft einer Agitation im großen Styl erkannt hätte. Sowohl die belgischen wie die österreichischen Genossen haben durch

ihre thatkräftige Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht die Wahlreform in ihren Heimathländern in Fluß gebracht. Erreichten sie nicht, was sie wollten, auf einen Hieb, so wird ihnen der erste Erfolg zu weiteren verhelfen. Der rechte Weg ist beschritten, der zum Ziele führt. Auch die deutsche Sozialdemokratie hat auf dem letzten Parteikongress beschlossen, eine gleiche Agitation zu entfalten. Um für Preußen das mit Erfolg verheißendem Nachdruck thun zu können, müssen die Genossen im ganzen Lande sich nicht nur über das bestehende und das von uns befürwortete Wahlsystem völlig klar sein — darüber haben schon die bisherigen Erörterungen in der Presse und Versammlungen hinreichend Aufschluß ertheilt — sie müssen sich auch darüber unterrichten, was für Aufgaben denn eigentlich sozialdemokratischer Abgeordneter in der preussischen Volksvertretung harrten. Und so wollen wir uns denn bemühen, in einigen weiteren Besprechungen neues Kriegsmaterial für diesen in nicht zu ferner Zeit in Angriff zu nehmenden Agitationsfeldzug zu beschaffen.

Druckfehler-Berichtigung. Im Zeitartikel über die Reichs-Einkommensteuer findet sich zu Beginn der dritten Spalte folgender Satz:

Aber das mobile Kapital tritt dem Immobilien gegenüber gewaltig in den Hintergrund, vor allem wenn man berücksichtigt, daß das mobile Kapital, wie Aktien, Pfandbriefe u. eng mit dem mobilen Kapitale verknüpft ist,

Es muß aber natürlich heißen: daß das mobile Kapital, wie Aktien, Pfandbriefe u. eng mit dem Immobilien Kapital (Fabriken, Grundstücken) verknüpft ist

Die Chronrede,

mit der der Landtag heute vom König eröffnet wurde, hat folgenden Wortlaut:

Indem ich Sie bei dem Beginn eines neuen Abschnittes der parlamentarischen Thätigkeit begrüße, vertraue ich, daß das Bestreben meiner Regierung, den Bedürfnissen des Landes gerecht zu werden, in Ihrer bereitwilligen und einsichtsvollen Mitwirkung auch ferner eine sichere Stütze finden wird.

Die Finanzlage des Staates hat sich noch nicht gehoben. Die Rechnung des Jahres 1892/93 ergibt, wesentlich infolge des Zurückbleibens der Einnahmen der Staatseisenbahnen gegen den Anschlag, einen Fehlbetrag von rund 25 Millionen Mark, welcher durch eine Anleihe zu decken sein wird.

Die beim Schluß der letzten Tagung des Landtages ausgesprochene Hoffnung, daß der im Voranschlage für das laufende Jahr vorgesehene Fehlbetrag die veranschlagte Höhe nicht erreichen werde, hat sich zwar in betreff der eigenen Einnahmen und Ausgaben Preußens bestätigt, wird jedoch infolge des Rückganges der Ueberschüsse des Reiches und der bedeutenden Steigerung der Materialumlagen nicht in dem erwarteten Maße erfüllt werden.

In dem Staatshaushalts-Etat für 1894/95, dessen Entwurf Ihnen alsbald vorgelegt werden wird, erweisen

Aber sie sah ihn nur noch verwunderter an; was hatte ihr Papa mit der Redaktion zu thun, und sie mit Partei-Angelegenheiten?

Er schob ihr das Blatt zu:

Bitte, nehmen Sie es mit, Sie finden darin einen guten Artikel über die Wahlen, er ist von Konrad, und sonst noch mancherlei, das Sie interessieren dürfte.

„Danke,“ sagte sie erfreut, „daß von Konrad möchte ich schon lesen. Er ist geschickt, nicht wahr?“

„Ein überaus fähiger Kopf.“

„Und die Hauptsache, er ist brav und ohne Falsch.“

„Voll Begeisterung, voll Ueberzeugungstreue.“

„Es ist nur zu bedauern, daß er als Arbeiter wenig Zeit hat, sich weiter zu bilden. Es sollte etwas für ihn geschehen und — ich denke daran.“

Eine sah ungemein interessiert aus und lehnte sich mit beiden Armen über den Tisch, um ihm näher zu kommen. „Ah, das wäre so hübsch von Ihnen, wenn Sie sich seiner annehmen wollten.“

Auch er schob den Sessel näher; seine Stimme klang noch leiser und sanfter.

„Nehmen? Gnädige Frau, gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, daß es sich hier darum handelt, einen voraussichtlich hervorragenden Kämpfer für eine große Sache so auszurüsten, daß er in ihrem Dienst all' seine natürlichen Fähigkeiten entwickeln und gebrauchen lernt.“

„Und Sie halten Konrad wirklich für einen so hervorragenden Kämpfer?“ fragte sie erstaunt und erfreut.

„Er steht schon jetzt in den vorderen Reihen, aber es bedarf eines großen Wissens und wissenschaftlichen Denkens, um die Ereignisse, die sich vor unseren Augen abspielen, richtig erfassen, um sie in ihrer vollen umgestaltenden Bedeutung zu erkennen. Da heißt es also, unseren fähigen

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(Alle Rechte vorbehalten.)

Helene.

(18)

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Es war ein Bild von fesselndem Reiz und sie konnte sich daran nicht satt sehen. Aber plötzlich, als gehörte sie einer geheimen Einwirkung, wandte sie den Kopf seinwärts, ihr Blick traf in den Spiegel und mit einem Ausruf der Ueberraschung fuhr sie empor.

Sie hatte darin die Gestalt eines jungen Mannes erblickt, der in der Ecke hinter ihr saß und sie gleichfalls durch den Spiegel betrachtet hatte. Im nächsten Augenblick stand er an ihrer Seite.

Er war unter Mittelgröße, schwächling und zart. Das braune, schlichte Haar lag einfach geschüttelt über der breiten, weißen Stirn, die diesem Kopf, mit den weichen und gewöhnlichen Zügen allein einige Bedeutung verlieh.

„Mag Gebhart, gnädige Frau,“ sagte er, sich verbiegend. „Verzeihen Sie, wenn ich zögerte, mich Ihnen vorzustellen, aber Sie schienen mir ruhebedürftig und ich überlegte eben, ob es nicht das Beste wäre, mich unbemerkt zu entfernen.“

Seine Haltung war ehrerbietig und die sanfte Stimme stand völlig im Einklang mit dem offenen guten Ausdruck der blauen Augen.

Eine fühlte sich sympathisch berührt, jedes Unbehagen war geschwunden.

Sie fragte, ob er sie kenne, was er lächelnd bejahte.

Er bat sie Platz zu nehmen und rückte ihr den Stuhl zurecht, wobei er die Zeitung, in der er gelesen hatte, auf den Tisch legte, dann

plauderten sie heiter und völlig unbefangen miteinander vom Wetter — der schönen Aussicht — den Blumen.

Helens Blick streifte zufällig die am Tische liegende Zeitung und sie wies lächelnd mit dem Kopfe darauf hin, als wäre ihr damit etwas Bekanntes, das sie lange nicht gesehen, wieder vor Augen gekommen.

„Es ist ein Arbeiterblatt,“ sagte er nachlässig.

„Ich kenne es,“ bestätigte sie.

„Sie, gnädige Frau?“

„Ich habe öfter darin gelesen; nicht hier, als ich noch zu Hause war. Ein Bekannter, Konrad Ebner, hat es uns immer gebracht.“

„Kennen Sie den Arbeiter Konrad Ebner?“ fragte Mag noch verwunderter.

Sie bejahte lächelnd. Es erschien ihr als der heiterste Zufall, daß sie bei Konrad über einen gewissen Mag Gebhart Erkundigungen einziehen sollte, und nun stand dieser selbst vor ihr und befragte sie nach jenem.

„Das kommt daher, weil meine Eltern in einem Hause mit Ebner wohnen,“ erklärte sie. „Thür an Thür, und ich habe schon gehört, daß Sie ihn kennen und daß Sie mit ihm — nicht wahr, Sie besuchen Arbeiterversammlungen?“ fragte sie, sich unterbrechend, indem sie ihm voll und forschend in die Augen blickte.

„Gewiß besuche ich sie,“ versicherte er so lebhaft, als gelte es, ihr eine beruhigende Versicherung zu geben, „und ich weiß nun auch, daß ich die Locater unseres Möbels vor mir habe, und ich freue mich aufrichtig darüber.“

Sie sah ihn mit großen Augen an.

„Ich — wundere mich —“

„Worüber? Daß ich Ihren Papa kenne? Aber ich bin ja bei der Redaktion dieses Blattes mitbetheiligt und sehr vertraut mit Partei-Angelegenheiten.“

sich die Einnahmen des Staates wiederum als unzureichend zur Deckung des Ausgabenbedarfs, und es muß dazu der Staatskredit noch in größerem Umfang in Anspruch genommen werden, als für das laufende Jahr. Dieses unerwünschte Ergebnis war, obgleich bei Bemessung des Ausgabenbedarfs die strengste Sparfamkeit abgefordert hat und obgleich bei den Staatsbahnen für das nächste Jahr größere Ueberschüsse in Aussicht genommen werden konnten, nicht zu vermeiden, da die Anforderungen des Reiches an die Einzelstaaten in erhöhtem Maße gestiegen sind. Die hieraus erwachsenden Schwierigkeiten können nur durch eine durchgreifende Neuordnung der finanziellen Verhältnisse des Reiches und eine angemessene Vermehrung seiner eigenen Einnahmen gehoben werden.

Die Fürsorge der Staatsregierung für die äußere Lage der Beamten hat sich unter diesen Umständen im wesentlichen darauf beschränken müssen, das System des Aufstiegs im Gehalt nach Dienstaltersstufen auf die höheren Beamten auszuweiten und die Mittel bereitzustellen, um dieses System in die mittleren und unteren Beamten gleichmäßig und durch die Berücksichtigung biatischer Dienstzeit günstiger zu gestalten.

Für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen nicht-staatlichen mittleren Schulen soll durch eine Vorlage gesorgt werden, welche das Ruhegehalt der Lehrpersonen, sowie das Witwen- und Waisengeld für ihre Hinterbliebenen zu regeln bestimmt ist.

Auch in diesem Jahre wird Ihnen ein Gesetzentwurf wegen Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes durch Herstellung neuer Eisenbahnlinien zugehen.

Um den Unternehmern von Eisenbahnen und Kleinbahnen den Realcredit, dessen sie bisher entbehrt, zu eröffnen, bedarf es eines Gesetzes, welches die rechtswirksame Verpfändung des Bahneigentums ermöglicht. Der Entwurf eines solchen wird zu Ihrer Beratung gelangen.

Infolge ungewöhnlicher Dürre im verfloßenen Frühjahr sind umfangreiche Landestheile von bedrohlichem Stren- und Futtermangel betroffen worden. Zur Beseitigung desselben haben im Anschluß an die Maßnahmen meiner Regierung die Organe der Selbstverwaltung und die landwirtschaftlichen Vereine, wie ich gern anerkenne, umsichtig und thätig eingegriffen. Dank diesem Zusammenwirken und der späteren fruchtbareren Witterung ist dem befürchteten Nothstande gesteuert worden.

Mit um so schwererer Sorge erfüllt mich die schwierige Lage, in welcher aus anderen Gründen die Landwirtschaft zu einem großen Theile sich befindet. Angesichts der hohen Bedeutung der Landwirtschaft für das Staatswohl erkenne ich es als die Aufgabe meiner Regierung, nicht nur fortgesetzt das Gedeihen der Landwirtschaft zu fördern, sondern auch eine Gestaltung der Rechtsverhältnisse des ländlichen Wesens zu erstreben, die ihn in den Stand setzt, auch ungünstige Zeiten zu überwinden.

Ein so schwieriger Wert ist nicht durchführbar ohne die dauernde Mitarbeit selbstständiger, auf öffentlich-rechtlichem Grunde ruhender Organe der Berufsgruppen, an welchen es bisher der Landwirtschaft fehlt. Die Herstellung einer allgemeinen korporativen Vertretung der Landwirtschaft ist daher der erste notwendige Schritt zu dem bezeichneten Ziele. Diese Vertretung wird berufen sein, die Hebung der Landwirtschaft durch gemeinsame Einrichtungen zu betreiben, der Regierung als Beirath zu dienen und bei der Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung mitzuwirken, welche auf die Verbesserung des Kreditwesens und die Beseitigung der Uebelstände gerichtet sind, die aus der übermäßigen Verschuldung des Grundbesitzes und den ungeeigneten Formen derselben beruhen.

Zu diesem Behufe wird Ihnen der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung von Landwirtschaftskammern vorgelegt werden.

In einer Zeit, in der die Unzufriedenheit vielfach geschürt und der Kampf der Meinungen und Interessen mit zunehmender Schärfe geführt wird, gilt es, durch die verständliche Wirkung gemeinsamer Arbeit den Ausgleich der Gegensätze zu fördern und ihn zu finden in dem aufrichtigen Streben nach dem unverrückbaren Ziele, dem Wohle des Vaterlandes.

Dazu gebe Gott Segen und Gelingen.

Kein Beifallszeichen während der Verlesung der Thronrede und an deren Schluß. Mächtern, rein geschäftlich wie ihr Inhalt, war auch die Aufnahme bei den Zuhörern. Bestimmte auf die Verhandlungen des Reichstages und die Haltung der Agrarier zu den Steuervorlagen und zum deutsch-russischen Handelsvertrag zu wirken, tönte aus fast jedem ihrer Sätze heraus: „Die Kulturaufgaben leiden.“ Bedeutungsvoller als der Inhalt der Thronrede ist das von ihr nicht Berührte. Kein Wort über die Schule, kein Wort über die notwendigen Neubauten und die Vermehrung von Mitteln für

die wissenschaftlichen Anstalten, kein Wort über die Verbesserung des Arbeiterdaseins in den Bergwerksbetrieben, über Modernisierung der Berginspektion, über Besserstellung der Arbeiter in Staatsbetrieben, über Gestaltung der staatlichen Fabriken und Bergwerke zu Musterbetrieben, Verbesserung der Wünsche der Beamten auf Besserstellung, bis die Mittel reichlich vorhanden sein werden, was in der Ära der Seesvermehrungen nicht zu erwarten ist.

Die Finanzlage Preußens wird grau in grau gemalt, sicherlich viel trauriger als sie tatsächlich ist, doch Herr Miquel schien dies wohl erforderlich, um Stimmung für seine dem Reichstage vorliegenden Entwürfe zu machen.

Den Agrariern werden viele schöne Worte gegeben, man verspricht ihnen Landwirtschaftskammern, Organisationen, die man den Arbeitern stets verweigert hat, eine Neugestaltung der Rechtsverhältnisse des ländlichen Besitzes, Verbesserung des Kreditwesens u. dgl.

Die „Kreuz-Zeitung“ stellt sich so, als ob sie über die Thronrede recht erfreut wäre. Freilich zufriedengestellt ist ihre Partei nicht, denn wie sollte eine Partei der Rimmer-satten zufriedengestellt werden.

Ihre Anhänger haben sofort im Herrenhause durch den Freiherrn von Manteuffel, den Vizepräsidenten dieser altersschwachen parlamentarischen Körperschaft, die nun zum Tummelplatz der Leute vom Bunde der Landwirthe werden soll, eine Interpellation eingebracht folgenden Wortlautes:

„Anknüpfend an die allerhöchste Thronrede, welche die schwierige Lage der Landwirtschaft anerkennt, richten wir an die königliche Staatsregierung die Frage, ob dieselbe außer den angekündigten Maßnahmen noch fernere Schritte zur Beseitigung des stetig wachsenden Nothstandes der Landwirtschaft zu thun gedenkt.“

Die Thronrede entspricht der parlamentarischen Körperschaft, an die sie gerichtet ist, nicht die Volkswünsche werden in derselben besprochen, sondern die Wünsche der, bevorrechteten Klassen.

Keine weitausschauenden großen Maßregeln, keine zielbewusste Politik liest man aus der Thronrede heraus, sondern bloße Berücksichtigung einzelner Klasseninteressen, und deshalb wird im Volke der Wunsch, die Grundlagen des preussischen Parlamentarismus, die Dreiklassenwahl und das Zweiklassensystem bald durch ein vernünftiges Wahlsystem, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ersetzt zu sehen, aufs kräftigste bekräftigt werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Januar.

Eine Uebersicht über die Ergebnisse der preussischen Landtagswahlen ist dem preussischen Abgeordneten-hause sofort bei seinem Zusammentritte überreicht worden. Leider ist aus derselben über die Betheiligung der Urwähler, und über die Stärke der einzelnen Wählerklassen nichts zu ersehen. Da die preussische Regierung eine eingehende Statistik als Nachweisung über die Wahlen von den Wahlkommissionen eingefordert hat, wollen wir zu ihren Gunsten vorerst noch annehmen, daß die eigentliche Wahlstatistik noch veröffentlicht wird. Die vorliegende Uebersicht ist zur Beurtheilung der letzten Wahlen fast ganz werthlos.

Wer ist der Staat? In dem Bemühen, das preussische Dreiklassen-Wahlsystem als eine vortheilhafte, zweckentsprechende Einrichtung hinzustellen, hat die „Kreuz-Zeitung“ sich eine sonderbare staatsrechtliche Theorie zurecht gemacht. Das konservative Blatt leugnet, daß sich irgend ein Rechtsanspruch der Staatsbürger auf direkte oder indirekte Theilnahme an der Staatsleitung begründen lasse. Das Wahlrecht, meint es, „ist kein Urrecht, sondern auf die Wähler erst durch den Staat übertragen worden, und zwar in der Absicht, durch dasselbe die Zwecke des Staates zu fördern. Entspricht die unmittelbare und mittelbare Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung dem Staatszweck nicht, so besteht für den Staat auch nicht einmal die moralische Nothigung, eine solche Theilnahme zuzulassen.“ Ja, verehrliche Kreuzplume, was ist denn das für ein Ding, der Staat, dem Du diesen glänzenden staatsrechtlichen Gedanken zu Grunde gelegt hast? Ein Ludwig XIV., der den schönen Satz erfand „Der Staat bin ich“, was man so ohngefähr

immer von Ausbeutung und Unterdrückung mitbefreien wird.“

Er hatte lebhaft, voll tiefer Ueberzeugung gesprochen, aber in dem Maße, als sich seine Stimme erhob, war sie heiser und klanglos geworden; eine langgestreckte Nothge war in seine Wangen gestiegen und seine Hand zitterte, mit der er den Halskragen ein wenig herabdrückte, wie um sich Luft zu machen.

Auch ihre Wangen hatten sich im Eifer geröthet, mit dem sie jedes Wort von seinen Lippen nahm, bemüht, es zu erfüllen.

Es war ihr, als wäre sie mit einem Ruck in eine neue Welt versetzt, von der sie bisher nicht einmal eine Ahnung hatte, die von Kampf erfüllt war für eine gerechte Sache.

Ihr Herz schlug kräftiger, in jugendlicher, freudiger Anteilnahme. Daß man sie werth erachtete, um mit ihr von so hohen Dingen zu sprechen, erhob sie selbst.

„Ich danke Ihnen,“ sagte sie nach einer Pause warm und innig, „ich habe über diese Dinge immer nur Worte gehört, ohne daß mir ein Sinn dafür ausgegangen wäre, Konrad hat nie in dieser Weise mit mir gesprochen, ihm bin ich immer nur ein Kind gewesen.“

„Und auch Ihr Vater nicht?“

„Mein Vater?“

„Sie sagen, Sie haben das Arbeiterblatt gelesen, dann werden Sie doch seine Artikel nicht überschlagen haben?“

„Die Artikel meines Vaters?“ Sie wechselte die Farbe. „Er ist der wahre Auser im Streit — aber was haben Sie? Fürchten Sie keine Indiskretion von meiner Seite, gnädige Frau, ich kenne seine Stellung, ich weiß, daß Vorsicht nöthig ist, aber seiner Tochter gegenüber glaubte ich aufrichtig sein zu dürfen.“

Eine sanfte die Augen: „Ich wußte von nichts,“ sagte sie leise, „und auch die Mutter weiß nichts davon.“

Beide schwiegen einen Augenblick, dann sagte Max gedrückt:

„Ich vermag Ihnen nicht zu sagen, wie sehr ich meine Unvorsichtigkeit bedaure.“

Sie nickte sanft ihm zu, während sich eine große Traurigkeit über ihre Züge verbreitete.

auch ins Moderne übersehen könnte mit den Worten „Des Fürsten Wille ist das oberste Gesetz“, der hätte etwa so sprechen können: „Heute paßt es meinen Zwecken, mich von irgend einer gewählten Körperschaft beraten zu lassen, morgen nicht mehr; dann schide ich besagte Volksvertreter nach Hause. Ich nehme ihnen das Recht mich zu beraten und den Wählern das Recht, diese Berater zu wählen. Eine Nothigung irgend welcher Art, auch nicht mal eine moralische Nothigung, andere Leute hineinreden zu lassen in meine Erledigung der Staatsgeschäfte, besteht nicht.“ So konnte Ludwig XIV. sprechen; so hat fünfundsiebenzig Jahre lang Friedrich Wilhelm III. gesprochen, dieser engherzigste aller preussischen Könige, der noch nicht einmal die „moralische Nothigung“ empfand, sein in der Stunde der Noth dem Volke gegebenes Wort auf Einführung einer Volksvertretung zu halten; so kann auch heute noch der Jar sprechen oder König Behanjin von Dahomey; aber nach einem solchen Auspruch zu handeln, hat heute ein preussischer König nicht mehr die Macht und deshalb auch nicht mehr das Recht.

Vielleicht würde das mobile und immobile Kapital es gar nicht ungern sehen, wenn irgend ein Fürst nach solchen Grundsätzen zu handeln versuchte, aber selbst dessen Unterstützung genügt nicht mehr. Die Staatsmacht ist weit über den Kreis der ehemals Privilegirten hinaus eingedrungen in das Volk, in unmeßbaren, in unwegbaren Quanten, aber völlig negiren läßt sich der Antheil des Volkes an der Staatsmacht nicht mehr, und je mehr das Volk zum Bewußtsein seiner Macht kommt, je mehr sein Machtantheil wächst und die anderen überflügelt, wird es auch sein Recht auf Bethätigung dieser Macht geltend machen, wird es sich nicht länger mit dem Schein einer Volksvertretung abgeben lassen, sondern eine wirkliche Volksvertretung verlangen. Nur grollend und murrend, wie aus weiter Ferne läßt sich bisher dieses Verlangen hören, es wird in deutlicherer Sprache reden.

Landwirtschaftskammern. Die dem preussischen Landtage zu unterbreitende Vorlage, betreffend Bildung von Landwirtschaftskammern bestimmt nach Zeitungsmeldungen, daß an einen Grundsteuer-Extrag von 3 M. an das Wahlrecht geknüpft wird. Es sollen also auch die Interessen der kleinsten Gespanne Berücksichtigung finden. Die Wahlen sind indirekt. Ein einzelner Großgrundbesitzer kann ein Drittel aller Wahlmänner seines Wahlkreises wählen. Unter die Aufgaben der Landwirtschaftskammern ist die Frage der Umwandlung ländlicher Hypotheken in Amortisationsrenten aufgenommen. Weiter wird gemeldet, daß die Regierung in den Landwirtschaftskammern einen Ersatz für die landwirtschaftlichen Zentralvereine schaffen will. Doch sollen die letzteren zunächst neben den Landwirtschaftskammern noch fortbestehen. Was die Lösung der ländlichen Verschuldungsfrage unter Mithilfe der Landwirtschaftskammern betrifft, so nimmt die Regierung an, daß im Durchschnitt heute der kleine und mittlere Grundbesitz bis zu einem Drittel, der Großgrundbesitz bereits bis zur Hälfte des Werthes verschuldet ist.

Eine Gefahr für unser Münzwesen. Die Verminderung des Silberpreises hat auch für die Länder der Goldwährung den Nachtheil im Gefolge gehabt, daß der Silberwerth unserer silbernen Scheidemünzen, der 5, 2, 1- und 1/2-Markstücke ganz außer Verhältnis zu ihrem Nennwerthe kam und so zur Nachprägung seitens Privater führte. Diese Nachprägung ist zwar unter hohe Strafe gestellt, sie ist aber doch, wenn auch nicht juristisch, von der Falschmünzerei zu unterscheiden, da die nachgeahmten Münzen den vollen Silberwerth der echten haben, somit auch sehr schwer als Fälschungen festzustellen sind, wodurch die Schädigung des Staatsschatzes größer und gefährlicher wird; so wurde unlängst in Köln eine Falschmünzwerkstatt entdeckt, welche silberne 5- und 1-Markstücke nachahmte, und zwar genau in dem Silbergehalt der echten Markstücke. Der Vortheil der Falschmünzerei besteht darin, daß der Silberwerth der Markstücke zur Zeit nur etwa die Hälfte des Nennwerthes der Markstücke beträgt. Der Falschmünzer wurde auf frischer That ertappt. Es wurde eine vollständige Präge-Anstalt gefunden, in welcher sich auch eine große zum Prägen benutzte Balancierpresse befand. Die vorgefundenen, ausgezeichnet ausgeführten Matrizen und die Maschinen,

„Mir ist jetzt Vieles klar geworden... mein armer Vater! Finden Sie nicht, daß es traurig ist, wenn ein Mann verheimlichen muß, was er denkt und fühlt und was ihm die Seele bewegt?“

„Gewiß, aber er kann nicht anders, wenn er nicht das Loos Derjenigen mitgeföhren will, deren Ernährer er ist.“

„Das entschuldigt ihn also einigermaßen? o, nicht wahr?“ fragte sie dringlich.

„Vollkommen.“ Er nahm ihre Hand und selbst bewegt, sah er in ihr bewegtes ausdrucksvolles Gesicht: „Beruhigen Sie sich, aber bleiben Sie dabei, daß man seine Ueberzeugungen hoch halten muß.“

Sie hatte ihn nicht verstanden.

Ihr Umhang war herabgeglitten, sie hüllte sich darein und griff nach dem Schirm.

„Sie wollen fort, gnädige Frau?“

„Ich muß, mein Mann —“

„Der erwartet Sie heute nicht,“ versicherte Gebhart lächelnd.

Auch sie lächelte, weil er sie auf einer Höhe ertappte.

„Es ist wahr, er nicht, aber das Mittagessen.“

Sie nahmen den Weg durch den Park, rasch gingen sie abwärts. Der Himmel hatte sich aufgeheitelt und die blaße Sonnenscheibe wurde hinter den ziehenden Nebelschleiern sichtbar, ohne mit ihrem matten Glanze das Auge zu blenden.

Sie blickten beide in die Sonne hinein und lachten darüber. Es klang fröhlich hell, wie Kinderlachen.

„Woher wissen Sie denn, daß mein Mann heute nicht mit mir speisen wird?“ fragte sie ihren Begleiter plötzlich.

„Sind Sie ihm begegnet?“

„Ja, gnädige Frau.“

„Und haben Sie ihn gesprochen?“

„Nein, es war zu spät. Ich stand am Perron und als ich ihn bemerkte, hatte sich der Zug schon in Bewegung gesetzt.“

„Welcher Zug?“

„Elf Uhr fünfundsiebzig nach München.“

(Fortsetzung folgt.)

sowie ein Säckchen fertiger Falschstücke wurden in Beschlagnahme genommen.

Sollten sich derartige Entdeckungen mehrern, was zu gewärtigen ist, so wird die Reichsregierung wohl eine Erhöhung des Silberwertes unserer Scheidemünzen in Erwägung ziehen. —

Freisinnige Sozialreform. Herr Dr. Max Hirsch hat gestern im Verein Waldeck einen Vortrag über die freisinnige Volkspartei und die soziale Frage gehalten, in dem er den Wunsch ausdrückte, daß in das Programm seiner Partei folgende „soziale“ Forderungen aufgenommen werden:

Die freisinnige Volkspartei betrachtet es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden und wenig bemittelten Volksklassen in Stadt und Land, zum Zweck ihrer vollen Gleichberechtigung und erhöhten Teilnahme an den materiellen und geistigen Kulturverrichtungen, allerwegen reformatorisch einzutreten. Die Partei stellt demgemäß auf sozialem Gebiete namentlich folgende Forderungen: 1. Bessere Ausbildung der Jugend für das heutige wirtschaftliche und soziale Ringen durch wesentliche Hebung der Volkseinkunftsschule, sowie obligatorische Fortbildungs- und Fachschulen. 2. Volle Durchführung des Koalitionsrechts auch für die ländlichen Arbeiter und die Dienstboten, gefühlvolle Anerkennung der freien Berufsvereine für alle Klassen, zugleich als Handwerker- und Arbeitervertretung; Abwehr jeder Beeinträchtigung der auf Selbsthilfe beruhenden Genossenschaften. 3. Ausbau der Arbeiterkassen-Gesetzgebung und Ausdehnung derselben auf alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen; Reform der Gewerbe-Inspektion; Errichtung einer Sanitätswirtschafts-Inspektion; Gestaltung der Reichs- und Staatsbetriebe zu sozialen Musteranstalten. 4. Grundsätzliche Revision der Arbeiter-Versicherungs-Gesetze, vornehmlich in der Richtung größerer Sicherheit, härterer Mitwirkung und freier Bewegung der Arbeiter. 5. Bekämpfung der Mißstände in den Bodenbesitz- und Wohnungsverhältnissen, insbesondere durch Förderung des Bodenverkehrs seitens kleinerer Sandwirthe und Baugewerkschaften, sowie durch Sanitäts- und Steuerreformen.

Herr Dr. Hirsch schmeichelt sich, daß er mit einem solchen Programme einen Siegeszug durch Deutschland machen werde. Herr Hirsch muß sehr alt geworden sein, wenn er sich derartigen kindlichen Hoffnungen hingibt. Das Vernünftige in diesem Programm wird seit Jahren von der Sozialdemokratie vertreten und der Rest dieses Sammelsturms von läppischen, kleinlichen und nebensächlichen, den Kern der sozialen Frage nicht berührenden Punkten wird keinen Hund vom Ofen locken. Die wichtigsten der Arbeiterklasse in Fleisch und Blut übergegangenen Forderungen der Sozialdemokratie enthält der Programmtext des großen Max Hirsch nicht. Die Unbestimmtheit und Unklarheit der einzelnen Forderungen wird überdies bei jedem Arbeiter gerechtes Mißtrauen erregen. Die freisinnige Volkspartei würde selbst bei Annahme dieses den Richter und Parisius noch viel zu weit gehenden Programms kein Duzend Arbeiter ihren Reihen zuführen.

Herr Hirsch und seine Handvoll Anhänger in der freisinnigen Volkspartei beweisen schon durch die Aufstellung ihres Programmtextes, daß sie die deutsche Arbeiterklasse nicht verstehen. Deutsche Arbeiter, die selbständig denken, schließen sich bloß einer Partei an, die den proletarischen Klassenstandpunkt vertritt. Nur die Sozialdemokratie kann die Partei der deutschen Arbeiter sein. Die Liebesmüh der Sozialreformer aller Art, evangelischer, katholischer, konservativer und freisinniger Couleur, die Arbeiter in ihr Schlepptau zu nehmen, ist vergeblich. Herr Dr. Max Hirsch wird sich früh genug davon überzeugen.

Das Gineintwachsen in den Sozialismus. Im „Reichsboten“ vom heutigen Tage lesen wir folgende Notiz:

Die großen Konsumvereine breiten sich immer mehr aus. Die Offiziere und die Beamten haben bereits ihre Baarenhäuser, in denen sie alles haben können, was der Mensch bedarf. Jetzt ist nun auch die Gründung eines Baarenhauses für Arbeiter bereits soweit gediehen, daß es, wie das „Berliner Tageblatt“ mittheilt, nächsten eröffnet werden kann. Das „B. Z.“ berichtet darüber folgendes:

Der zur Begründung eines solchen eingesehten Ausschusses, bestehend aus den Herren Doktoren Becker, Hartmann und Küster, setzte sich nunmehr mit dem hiesigen Bankhaus Kuhnke u. Wagner nach. beabsichtigt die Gründung des Unternehmens in Verbindung. Hunderttausend Mark sind bisher auf privatem Wege von Ärzten gesammelt, die ihre Mitgliedschaft bereits erklärt hatten. Weitere Hunderttausend Mark werden den noch nicht beigetretenen Ärzten von dem genannten Bankhaus als Zeichnungskapital überlassen. Das Grundkapital wird durch Aktien, welche auf den Inhaber lauten, zu je 1000 M. gebildet. Der Reingewinn aus dem Unternehmen soll in folgender Weise vertheilt werden: 80 pCt. fließen dem Reservefonds zu; 10 pCt. werden dem Darlehnsfonds überwiesen, und von den verbleibenden 60 pCt. wird den Aktien eine Dividende bis zu fünf vom Hundert gewährt. Vorher werden 25 pCt. der gesammelten Beträge eingefordert. Das Baarenhaus selbst soll in der nächsten Zeit eröffnet werden.

Da können unsere Kaufleute nun bald einpacken; denn wenn man Beamte, Offiziere und Ärzte vom Publikum der Städte abzieht, was bleibt da noch für die Kaufleute übrig? Das ist eine durch und durch ungesunde soziale Entwicklung, welche direkt der Sozialdemokratie in die Hände arbeitet. Wann wird man das einsehen und dieser Entwicklung entgegen treten?

Nun, wir können uns über diese „großen Konsumvereine“ nur freuen; sie sind zwar nicht sozialistisch, aber sie zerstören einerseits eine Anzahl von Existenzen, die in der kapitalistischen Gesellschaft überflüssig sind; und andererseits vereinfachen sie die gesellschaftliche Maschinerie, indem der Konsument direkter mit dem Produzenten in Verkehr tritt, und die Arbeit der Waarenvertheilung rationeller gestaltet wird. Die Zwischenhändler, die durch diese großen Konsumvereine beseitigt oder ausgemerzt werden, gehören nun aber den sogenannten „Mittelständen“ an; und es kennzeichnet so recht die Unheiligkeit und Heuchelei der konservativen Sozialdemagogen, daß gerade sie, die den „bunnen Bauern“ sich als Erhalter des „Mittelstandes“ vorstellen und anpreisen, die Hauptförderer dieser Konsumvereine sind — gerade wie weiland Schulze & Delitzsch, der auch für den „Mittelstand“ schwärmte. —

Der sozialistische Antisemitismus, oder präziser ausgedrückt, der antisemitische Flügel der Sozialdemokratie, spukte bekanntlich vor einiger Zeit in der antisemitischen Presse. Wir erklärten den Herren, welche die Wäre in die Welt setzten, es sei eitel Flunkerei, ein Sozialist könne kein Antisemit, ein Antisemit kein Sozialist sein. Jetzt endlich wird uns ein seltsames Naturpiel vorgezeigt, welches der

angekündigte Wechselbalg sein soll. Der nachstehende nationalliberale Wochenspiegel berichtet darüber:

Berlin, 14. Januar. Der ehemalige Privatdozent Eugen Dühring hatte Mitte der siebziger Jahre, als er den heftigen Konflikt mit Professor A. Wagner hatte, einen nicht unbedeutenden Anhang, der sich zum Theil später verlor, da Dühring aus der Stille seiner Gelehrtenruhe Jahre lang nicht mehr heraustrat. Immerhin sollen noch mehrere Hundert Dühringianer, ausgesprochene Sozialisten, vorhanden sein, und diese werden sich in einer am Donnerstag in den Grätzel'schen Bierhallen stattfindenden Versammlung treffen, um die im Stillen bereits vorbereitete Organisation „Sozialistischer (H) Bund“ weiter auszubauen. Dühring war und ist ein heftiger Antisemit und die Mitglieder des „Sozialistischen Bundes“ denken wie ihr Meister; denn zu der Versammlung sind nur die nichtjüdischen Sozialisten geladen. Wir haben es also hier mit einer antisemitischen Gruppe unter den Sozialisten zu thun. In der Versammlung soll über Dühring's Antisemitismus und Sozialismus verhandelt werden. Antisemitische Regungen unter den Sozialisten haben sich schon öfters gezeigt (der einstmalige Führer der Gewerkschaftsbewegung Maurer Conrad u.), sind aber zur Stärke niemals gelangt. Man kann wohl auch dem „Sozialistischen Bund“ das Prognose stellen, daß er wenig Zugkraft ausüben wird.

Der Name Eugen Dühring genügt. Unsere Leser kennen den Mann aus der Engels'schen Schrift. Die Nachricht selbst wird uns auch von anderer Seite bestätigt. Herr Dühring soll übrigens mit dem ganzen Projekte gar nichts zu schaffen haben. Es soll lediglich von einer kleinen Anzahl Bewunderer seiner Schriften ausgehen. —

Die Militarisation des Medizinalwesens, angeregt durch die Notiz in unserer politischen Uebersicht in Nr. 10 dieses Jahres „Aus dem Militärstaate“, schreibt uns ein Leipziger Korrespondent:

Der hiesige ärztliche Bezirksverein suchte zwei Ärzte zum freiwilligen Austritt wegen des offenen Bekenntnisses zur Sozialdemokratie zu veranlassen, weil sonst die Ärzte, welche dem Sanitätskorps der Armee angehören, gezwungen seien, auszutreten! Natürlich weigerten sich die beiden Genossen, worauf eine Statutenänderung beschlossen wurde, wonach bei offenkundiger Zugehörigkeit zur sozialistischen Partei die Mitgliedschaft erlischt. Dieser Beschluß ist jetzt dem Ministerium zur Genehmigung unterbreitet worden, eben dahin geht natürlich auch der Protest der beiden Ärzte. Die ganze Affäre begann infolge des Vortrages eines Arztes, wegen dessen er vor ein Ehrengericht kam, daß ihm „wegen zu scharfer Ausdrücke“ eine Rüge erteilt. Den beabsichtigten Ausschluss konnten die Herren des Statuten gemäß nicht durchsetzen. (Vergl. „Vorwärts“ Nr. 301: „Ein Leipziger Arzt“.) Der andere Arzt, der Assistenzarzt 2. Klasse ist, hat wegen seiner politischen Ueberzeugung vom Militärbefehl den Befehl erhalten, die Uniform nicht weiter zu tragen. Alles weitere, so wurde ihm erklärt, folge später.

Unsere Genossen werden das ihnen drohende und geschehene Unglück leicht tragen, auch die zu erwartende unparteiische Entscheidung des sächsischen Ministeriums werden sie verschmerzen. Man kann auch leben, ohne Mitglied eines ärztlichen Bezirksvereins zu sein, und man kann der tüchtigste Arzt sein, ohne das Recht zu haben, Uniform zu tragen.

Bedeutungslos und interessant ist die Sache bloß zur Charakterisierung unserer politischen Gegner und ihrer Sitten. Die Freiheit der Wissenschaft ist wohl nach Meinung des ärztlichen Bezirksvereins durch sein Vorgehen nicht verletzt, es besteht wohl bloß im ungehinderten Saufen, Duellieren und Kollegenschwänzen der Studenten. —

Die sächsische Justiz gegen das Reichsgesetz. In unserer letzten Freitagnummer (Nr. 9) erwähnten wir unter „Religieuses, Gerichtliches u.“ eines Erkenntnisses des sächsischen Oberlandesgerichts, für Sachsen der obersten gerichtlichen Instanz, dahin gehend, daß die Vertheilung von Wahlflugblättern, „wenn durch die Art der Vertheilung der äußere Bestand der Ordnung verlegt“ und die Vertheilung nicht auf Solche beschränkt werde, „die danach Verlangen tragen“, als grober Unfug zu bestrafen sei.

Es liegt auf der Hand, daß, wenn die Flugblätter nur an Solche vertheilt werden, die Verlangen nach ihnen tragen, von einer Vertheilung zu Wahlzwecken überhaupt nicht die Rede sein kann. Und was die Verletzung des „äußeren Bestandes der Ordnung“ angeht, so kann, wie jedes Kind einseht, alles Mögliche und Unmögliche, was die „Gesetze“ eines Ordnungsbreiters „verlegt“, unter diese Rubrik gefaßt werden.

Die Entscheidung des obersten sächsischen Gerichtshofes ist im schärfsten Widerspruch mit § 42 der Gewerbe-Ordnung, welcher die Vertheilung von Wahlflugblättern bedingungslos gestattet. Und sie richtet sich direkt gegen die Auffassung des Reichstages, der, ehe jener Paragraph in die Gewerbe-Ordnung eingefügt wurde, unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes durch wiederholte Beschlüsse diesen Grundsatz festgelegt hatte, ausdrücklich, um solchen Verletzungen und Beschränkungen, wie das sächsische Oberlandesgericht sie jetzt wieder gut heißen hat, und wie sie früher namentlich in Sachsen beliebt waren, ein Ziel zu setzen.

Es wird Sache des Reichstages sein, dafür zu sorgen, daß seine Beschlüsse auch in Sachsen Gültigkeit haben, und auch für die sächsischen Richter Geseh sind.

Im sächsischen Landtag werden, wie wir erfahren, unsere Genossen sich gelegentlich mit diesem Aufwuchs des Partikularismus beschäftigen. —

Ueber den Omladina-Prozess theilt der Wiener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ folgende interessante Einzelheiten mit:

Der öffentlichen Verhandlung des Omladina-Prozesses in Prag gehen allerhand unerquickliche Diskussionen zwischen den Verteidigern der Angeklagten und dem Gerichtshof voraus. Der Gerichtshof hat nämlich für die Verhandlung einen kleinen Saal bestimmt, der außer den 77 Angeklagten, den Richtern, Verteidigern und Zeugen nur 20 Zuschauer fassen und selbst bei dieser Beschränkung des Zutritts eine höchst ungemüthliche Atmosphäre entweiden dürfte. Dagegen ließe sich nichts machen, wenn die Verhandlung öffentlich wäre; denn auch bei einer öffentlichen Verhandlung braucht man nicht mehr Zuschauer zuzulassen, als der Verhandlungssaal faßt. Nun ist aber die Verhandlung geheim erklärt, und — wie sonderbar! — gerade weil sie geheim ist, müssen mehr Zuschauer dabei Platz finden. Denn das weiße Geseh, dessen Verfasser an einem geheimen Montreuprozeß mit 77 Angeklagten nie gedacht haben mögen, gewährt jedem Angeklagten das Recht, zur geheimen Verhandlung drei Vertrauensmänner aus 77 Zuschauer beizugeben. Eine einfache Multiplikation von 8 mit 77 ergibt, daß also gesetlich 231 Zuschauer zum Omladina-Prozess zugelassen wären. Die Verteidiger der Omladinen und die Omladinen selbst haben

sehr bald die multiplizierte Schwierigkeit erkannt, in die sie dem Gerichtshof durch die Zuschauerfrage versetzen können. Sie bestanden auf dem Geseh und forderten ihre drei Vertrauensmänner pro Angeklagten-Kopf. Das Gericht wehrte sich dagegen, indem es erklärte, aus Opportunitäts-Rücksichten keinen größeren Saal für die Verhandlung wählen zu können. Angenehm ist, daß das Gericht bei seiner Anschauung beharren wird. Das Resultat wird wohl eine Nichtigkeitsbeschwerde der Angeklagten gegen das zu schöpfende Urtheil sein. Daß man dem Prozeß in allen politischen Kreisen Oesterreichs und ganz besonders in Prag mit größter Spannung entgegen sieht, braucht kaum gesagt zu werden. Nicht minder begierig ist man auf die Haltung des Straßenpublikums während und nach dem Prozeß. Außerdem liegt folgende Depesche vor:

Die heutige Verhandlung begann mit neuerlichen Protesten gegen die Einschränkung der Zahl der Vertrauensmänner. Der Präsident erklärte, er werde, soweit es der Raum zulasse, 50 Vertrauensmännern Zutritt gewähren. Würden die Beschwerden erneuert werden, so würde die Verhandlung immer nur gegen 10 Angeklagte geführt und dadurch möglicherweise auf 2 Jahre ausgedehnt werden. Die Angeklagten müßten dann solange in Untersuchungshaft bleiben. Hierauf begann die Verlesung der Anklageschrift. —

Ein Fortschritt im dunkelsten Winkel der Schweiz. Aus Freiburg, der Hauptstadt des ultramontanen und am wenigsten demokratischen Kantons der Schweiz, wird der „Frankfurter Zeitung“ telegraphirt:

„Fast einstimmig akzeptierte das Freiburger Volk die revidierte Verfassung, welche u. A. das unangehörige Recht der Regierung streicht, die Gemeinde-Ammänner zu ernennen, ein Recht, welches bis jetzt einzig im Kanton Freiburg bestanden hat. Jetzt erst ist es möglich, ein Geseh zu erlassen, welches den Gemeindegürgern die Wahl ihrer Bürgermeister freiläßt.“

Die indirekte Absehung Elisee Reclus' durch den Senat der Brüsseler Universität hat nicht bloß in den belgischen Studentenkreisen, sondern auch im liberalen Bürgerthum und in dem, nicht an den Kapitalismus verschriebenen Theil der Gelehrtenwelt das unangenehmste Aufsehen gemacht. Die Intoleranz der Universitätsverwaltung, die es den Studenten verbot, für Elisee Reclus eine Ehren-Rundgebung zu veranstalten, hat vollends Entrüstung erregt, und die „Reforme“, das Hauptorgan des bürgerlichen Radikalismus in Belgien, fordert in ihrer gestrigen Nummer ein staatliches Einschreiten gegen die Universitätsverwaltung, die mit jener Maßregel ihre Befugnisse ohne Zweifel überschritten hat. Die Sache wird jedenfalls weiter gehen. —

Die lange Session des englischen Parlaments — die längste seit 250 Jahren — ist durch einen Kompromiß zwischen Regierung und Opposition gestern endlich zum Schluß gelangt. Nicht zum Abschluß; denn die wichtigsten Fragen sind unerledigt. In fünf Wochen wird das Parlament zu einer neuen Session zusammentreten. Gladstone ist zur Erholung nach Südfrenkreich gereist — heitere Gedanken nimmt er nicht mit. Seine Partei ist innerhalb der letzten zwölf Monate schwächer, die Opposition entsprechend stärker geworden; und die irischen Homerule, auf deren Festigkeit er seine Hoffnungen gesetzt hat, beschäftigen sich schon mit der Frage, wer sein Nachfolger sein wird. In der Politik giebt es keine Dankbarkeit. —

Crispi verlangt die Diktatur. Sobald die Kammer zusammentritt — noch vor Ablauf des Monats — will der italienische Regierungspräsident von der Volksvertretung verlangen, daß die Session auf 6 Monate unterbrochen und ihm für diese Zeit unbeschränkte Vollmacht erteilt werde. Ob die Kammer so gutmüthig sein wird? Es muß aber weit gekommen sein, wenn die Regierung sich zu so abenteuerlichen, ja verzweifeltsten Vorschlägen gezwungen sieht. Denn bei Licht betrachtet, läuft der Vorschlag Crispi's auf einen Staatsstreich hinaus; freilich eine neue Spielart — Staatsstreich mit parlamentarischer Erlaubnis.

Inzwischen vollführt Herr Crispi mit möglichster Grazie den schlimmsten aller Tänze, nämlich den „Tanz auf einem Vulkan“. Wie schon aus den gestern von uns veröffentlichten Telegrammen erhellt, sind auch auf Sizilien wieder verschiedene Zusammenstöße zwischen Volk und Militär erfolgt — mit Verlust von Menschenleben auf beiden Seiten. Und im festländischen Italien ist an verschiedenen Punkten der Aufstand noch Meißer, und die Verwegung scheint auch nach den neuesten Depeschen sich auszubreiten. Unter den eingezogenen Referenten herrscht große Unzufriedenheit, und überhaupt soll die Stimmung der Armee eine der Regierung keineswegs günstige sein. Die Gefahr einer allgemeinen Erhebung ist also noch keineswegs als beseitigt anzusehen. Weder in Apulien (Südtalien) noch in Massa Carrara ist es den Behörden gelungen, die Rebellion zu unterdrücken, und die wichtige Hafenstadt Livorno scheint im Besitz der Aufständischen zu sein. Sogar die „Vossische Zeitung“, das Berliner Organ Crispi's, muß heute Abend gestehen: „Die Lage in Italien wird von Tag zu Tag übler.“ —

Ein spanischer Boulanger. General Borillo, Führer der spanischen Republikaner, als Flüchtling in Frankreich lebend, hat dieser Tage in Form eines Briefes an einen Freund einen Aufruf erlassen, in welchem er die spanische Regierung mit den heftigsten Vorwürfen überhäuft, weil sie so vernünftig war, das Land nicht in einen ausschließlichen Krieg mit Marokko zu verwickeln. Er appellirt an die niedrigsten Leidenschaften des Chauvinismus, den er gegen die Regierung auspielt. „Revolutionär gegen die Reaktion, konservativ gegen den Anarchismus“, fordert er die Armee und — die Geißelheit auf, die jegliche Regierung zu stürzen. Man sieht, der spanische Boulanger hat seinem französischen Original sogar die Bauchschneiderei vor den Paffen abgelernt, die auch ihn vermutlich mit Geld unterstützen. —

Briefkasten der Redaktion.

O. V. Menne und Andere. Sie haben recht. Aber die Schuld liegt nicht an uns, sondern an den streikenden Arbeitern, die verärrmt haben, der Expedition eine Weisung zu geben.

Storkenburg. Die Adresse von Fr. Engels ist London, Regent'spark Road 122.

Herrn Lang, Vorsitzender der im Bierbrauer-Gewerbe bestehenden Arbeiter-Ortskrankenkasse, ersuchen wir um eine persönliche Rücksprache Abends nach 7 Uhr.

Wahlr. 14. Die Mitglieder des Vereins sind im Rechtswege habhaft zu machen, wenn sie den Vorstand schriftlich zu dergleichen Veranstaltungen ein für allemal bevollmächtigt haben.

S. R. 18. Der Wirth muß die Arbeiten bezahlen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 17. Januar.
Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg.
Schauspielhaus. Die Journalisten.
Deutsches Theater. Der Herr Senator.
Berliner Theater. Aus eigner Macht.
Leistung-Theater. Madame Sans-Gêne.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater. Der Lieutenant zur See.
Hedden-Theater. Der Mustergatte.
Neues Theater. Jugend.
Central-Theater. Ein toller Einfall. Berlin 1893.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitan Grant.
Alexanderplatz-Theater. Die lustigen Weiber von Berlin. Nachher: Bajazzi.
National-Theater. Der Teufel in Berlin. Nachher: Charley's Tante.
Theater Unter den Linden. Salon Pigelberger. Hierauf: Brahma.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Saunders-Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Doppeltvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Charley's Tante.

Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Busse.
Regie: Max Samst.
Musik von Adolph Wiedede.
Vorher: Der Teufel in Berlin.

Der Teufel in Berlin.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prudens. Musik von A. Wiedede. Regie: Max Samst. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.

Lumpensusanne

oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“, ein schon geprüftes Mädchen.
Franziska Häser.
Die Bombe, Afterspieltheater im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs“.
Josephine Delouis.
Brunwald — mit bewegter Vergangenheit.
Martin Bendix.
Täglich: Auftreten des besten Bandredners d. Zeitzeit.

H. Blank.

Berner u. a.: „Direktor Hippe“ von Martin Bendix.

Auftr. sämtl. Spezialitäten.

Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.

Alt u. größt. Etablissement Berl.

Neues Programm.

Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.

National-Konzert

D. Obenlander

in National-Tracht und Auftreten von

Künstlern u. Spezialitäten

I. Rangas.

Mr. Kauning, Concertmaler.

Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Delgemälde malen, welches nach

Schluss der Vorstellung verlost wird.

Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.

Sum 25. Male:

Berlin 1893.

Revue in 2 Akten von L. Leipziger.

Vorher: Ein toller Einfall.

Schwank in 4 Akten von Carl Laufs.

Anfang der Vorstellung 7 1/2, der

Revue 9 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).

Großartiges

neues

Riesen-Programm.

Mr. Goswin, Mlle. Bonné, Troupe

Rassoni, Die Wunderhunde etc.

Entree 15 Pf.

R. Winkler.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.

Vorher: Die Bajazzi.

Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt

von Gb. Jacobson u. Benno Jacobson.

Musik von Franz Roth.

In Szene gesetzt von Adolph Ernst.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.

Der Deutsche Mann

mit dem Steinkopf.

Ohne Extra-Entree.

Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

„Sanssouci“.

Kottbuserstr. 4a.

Donnerstag, den 18. Januar cr.:

Stettiner

Sänger

Anfang 8 Uhr.

Entree 50 Pf.

Im Vorverkauf

40 Pf. (siehe Plakate).

Großes

Alt-

Programm

Zum Schluss neu:

Eine Soiree bei Lehmann's.

Gr. parodistisches Ensemble von Mesel.

Freitag: Viktoria-Graverei.

Etablissement

Bugenhagen.

Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.

Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.

Spezial-Kuchenschau von Vahrenhofer

Lagerbier, hell und dunkel.

An den Wochentagen findet das

Konzert in den unteren Restaurations-

räumen, Entree 10 Pf., Sonntag in

dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt.

Säle für Versammlungen, Kommerz,

Geselligkeiten etc.

Circus G. Schumann,

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.

Mittwoch, den 17. Januar cr.,

Abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Brillant-Vorstellung.

Besonders hervorzuheben: Polpourri

mit 6 Pferden und die 4 Sonnen-

strahlen, nach der bekannten Musik

Ta-ra-ta-boom-de-ay.

Beides Original-Dressuren des Herrn

Max Schumann.

Doppel-Bolero, spanischer National-

Tanz, geritten von Fräulein Adele

Schumann. Footitt der Herren Adolf

Schumann u. Ackermann. Walküren-

Quadrille, geritten von 16 Damen.

Mr. Eugen Lecusson, Saltomortai-

Reiter. Original-Klow William Ol-

schansky mit seinen dressierten Hatten

und Haken. Brillant, medienburgische

Race, in allen Gangarten der hohen

Schule geritten von Herrn Max Schu-

mann. Musikalisches Entree d. Klowns

Paul und William. Auftreten des be-

liebten Klowns Little Fred etc.

Zum Schluss der Vorstellung:

Cancan vor Gericht.

Ballet-Parade in 2 Tableaux.

1. Tabl.: Ein Maskenball im Bal mable.

2. Tabl.: Vor Gericht.

Serpentintanz von 4 Damen.

Morgen: Große Vorstellung mit

neuem Programm.

Hochachtungsvoll und ergebenst

G. Schumann, Direktor.

Frische Schweine-Riesen a Pfd. 50 Pf.

C. Hientzsch, Schützenstr. 61.

Hiermit die traurige Nachricht, dass

der Fraiserfischer 12635

Karl Stargard

am 12. Jan. verstorben ist. Die Be-

erdigung findet Mittwoch, den 17. Jan.,

Nachm. 2 1/2 Uhr, vom Krankenhaus

am Urban n. d. Neuen Jakobikirchhof

statt. Die Kollegen.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten

die traurige Mitteilung, dass mein

lieber Mann unser guter Vater,

der Schriftseher 12626

Hermann Gärtner

nach langem schweren Leiden am

14. Januar gestorben ist. Die

Beerdigung findet am Donnerstag,

den 18. Januar, Nachm. 5 Uhr,

von der Leichenhalle der St.

Georgengemeinde (St. Georgenkirche) statt.

Die tiefbetrübte Wittwe

nebst Kindern.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 14. Jan.,

starb nach langem, schwerem Leiden

unser lieber Kollege, der Schrift-

seher

Hermann Gärtner

aus Freisfeld i. Schl. im Alter

von 46 Jahren. Sein braver

biederer Charakter sichert ihm ein

dauerndes Andenken. Die Be-

erdigung findet am Donnerstag,

den 18. Jan., Nachm. 5 Uhr, in

Weissenhof (St. Georgenkirche) statt.

Berlin, 16. Januar 1894.

Das Personal

der H. S. Hermann'schen

Buchdruckerei.

Für die vielen Beweise von Liebe

und Theilnahme bei der Beerdigung

meines lieben Mannes

Karl Stegemann,

Kassirer der Rothenburger Sterbekasse,

sage allen Verwandten, Freunden und

Bekannten, sowie den Herren Sanges-

brüdern, auch dem Herrn Prediger Dank

für die trostreichen Worte am Sarge

des so früh Dahingegangenen meinen

herzlichsten Dank. 12606

Die trauernde Wittwe

Anna Stegemann.

Verband aller in der Metall-

Industrie beschäftigten Arbeiter

Berlins und Umgeg.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 14. Januar, ver-

starb unser langjähriges Mitglied, der

Gürtler

Hugo Panzer

an der Proletariatskrankheit.

Die Beerdigung findet am Mittwoch,

den 17. Januar, Nachmittags 2 Uhr,

vom Trauerhause, Forsterstr. 4 aus

nach dem Emmaus-Kirchhof in Brig

statt. — Um zahlreiche Theilnahme

ersucht

Der Vorstand.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.

Täglich:

Spezialitäten-Vorstellung

und Konzert.

Heu! Heu! Heu!

Ein Stiergefecht in Cadix.

Große Ausstattungs-Parodie.

Pantomime mit Ballet, ausgef. von

den spanischen Clowns Hermandos

Beiso und sämtlichem Theater-

Personal.

Anfang: Sonntags 6 Uhr.

Wochentags 8 Uhr.

Entree Wochentags 50 Pf.

Präuser's Museum.

Tausende von anatomischen Präparaten.

Schnitzkanal durch fünf Körper.

Gladiatoren-Kampf.

Wunder d. Ceroplastik u. Mechanik.

Täglich von 9 früh bis 10 Abends

für erwachsene Herren.

Dienstag und Freitag: Pamentag.

Circus Renz.

(Karlstraße.)

Mittwoch, den 17. Januar cr.:

Abends 7 1/2 Uhr:

Ein Künstlerfest.

Vollständig neue und glänzende Aus-

stattung und Einlagen. Ueberraschende

Licht- und Wassereffekte.

Außerdem: Der ostpreussische Hengst

Blondel und Monstra-Tableau von 60

Pferden, vorgeführt vom Direktor

Fr. Renz. Das Schulpferd Colmar

und der Steiger Alop, ger. von Fr.

Oceana Renz. Kandelaber, geritten

von Herrn Ernst Renz. Die großen

Tremplinprünge über zehn Pferde.

Die Akrobaten auf dem Telephonbrat

Salva, Espana und Alvar. Mr. Lavater

Lee etc.

Preise wie gewöhnlich.

Donnerstag: Ein Künstlerfest.

Der Circus ist gut geheizt.

Fr. Renz, Direktor.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Öffentliche Versammlung

am Mittwoch, den 17. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen,

Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Die Nothstandsaktion. Referent Genosse Eimm. 2. Diskussion.

3. Verschiedenes. Gäste, beiderlei Geschlechts, haben Zutritt. 870/17

Achtung, V. Wahlkreis!

Große öffentl. Volksversammlung

am Mittwoch, den 17. Januar 1894, Abends 8 Uhr,

im Saale des Schützenhauses, Finienstr. 5.

Tagesordnung: 1. Politische und gewerkschaftliche Organisation.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Molkenbühr. 2. Diskussion. 3. Ver-

schiedenes. — Es ist Pflicht der Parteigenossen, in dieser Versammlung zu

erscheinen. 879/2 Die Vertrauenspersonen.

Achtung! Maurer.

Große öffentliche Versammlung

der Maurer und Putzer Berlins

am Donnerstag, den 18. d. M., Abends 7 1/2 Uhr, in den Arminhallen,

Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Die Einigung der Berliner Maurer. 2. Diskussion.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 445/7

3. Diskussion. 3. Wahl eines ersten und eines zweiten Vorsitzenden. 4. Ver-

schiedenes. 143/7

Kollegen, für jeden, dem es darum zu thun, dass dieser Streit für uns

siegreich beendet wird, ist es Ehrenpflicht, in dieser Versammlung zu erschei-

nen. Das Agitationskomitee der Droschkenkutscher Berlins u. Umg.

J. A. J. Stiller.

Freie Vereinigung der Kaufleute.

Donnerstag, 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Klubhaus,

Rosenthalerstr. 11-12:

Große Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Köster: Astronomie und Christentum.

2. Diskussion. 3. Wahl eines ersten und eines zweiten Vorsitzenden. 4. Ver-

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 16. Januar. 1 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Miquel.

Altpräsident v. Bieden eröffnet die Sitzung.

Angemeldet sind bis jetzt 378 Mitglieder. Wir könnten also sofort mit der Verlesung in die Abtheilungen beginnen. Aber es ist bisher üblich gewesen, daß das Bureau diese Verlesung vornimmt. Wenn niemand widerspricht, wird danach verfahren und das Resultat Ihnen gedruckt überreicht werden. Wenn die Wahlen von mehr als der Hälfte der Mitglieder geprüft sein werden, können wir eine Plenarsitzung abhalten. Ich glaube, daß unser Bureau direktor dies bereits gethan hat, demnach schlage ich vor, die Plenarsitzung abzuhalten Donnerstag, den 18. Morgens 10 Uhr. Tagesordnung: 1. Wahl der Präsidenten und der Schriftführer. 2. Entgegennahme von Vorlagen der Regierung. Ich schließe die Sitzung.

Schluß 1 Uhr 20 Minuten.

Senatshaus.

1. Sitzung vom 16. Januar. 2 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. Schelling.

Der Präsident der vorigen Session Fürst zu Stolberg eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Auf Grund unserer Geschäftsordnung übernehme ich als Präsident der vorhergehenden Session den Vorsitz und erkläre die Sitzung für eröffnet.

Der hierauf vorgenommene Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 116 Mitgliedern. Das Haus ist also beschlußfähig.

Auf Antrag des Grafen v. Schlieben erfolgt die Wahl des Präsidiums durch Jurauf und zwar wird auf Antrag des Grafen Schlieben das frühere Präsidium wiedergewählt, so daß also Fürst zu Stolberg zum Präsidenten, Hr. v. Manteuffel zum ersten und Ober-Bürgermeister Vöttcher zum zweiten Vizepräsidenten gewählt sind. Die Gewählten nehmen die Wahl mit Dank an.

Darauf werden die früheren Schriftführer ebenfalls durch Jurauf wiedergewählt, also die Herren Graf Garnier, Hammer, v. Klitzing, v. Neumann, v. d. Osten, v. Meinersdorff, v. Noth und v. Wiedebach.

Präsident Fürst Stolberg: Damit ist das Haus konstituiert. Es sind mehrere Vorlagen eingegangen, über deren geschäftliche Behandlung in einer morgen anzuberaumenden Sitzung verhandelt werden wird. Dann ist eine Interpellation des Freiherrn von Manteuffel eingegangen. In der morgigen Sitzung werde ich an die Regierung die Frage richten, ob und wann sie die Interpellation zu beantworten gedenkt. Ich beraume zu dem Zweck auf morgen Nachmittag 2 Uhr eine Sitzung an.

Schluß 2 1/4 Uhr.

Parteinachrichten.

Augsburg. Am Sonntag, den 14. d. M. wurde ein sozialdemokratischer Agitationsverein für Schwaben und Neuburg gegründet, nachdem sich laut Versammlungsbeschluss die bisher bestandene Agitationskommission aufgelöst hat. Als Vorsitzender wurde Genosse Franz Ehrler gewählt. Sendungen sind zu richten an den Schriftführer Genossen Carl Weishaupt, Mittlerer Graben II 405 (Expedition der „Volks-Zeitung“).

Der Jahres-Kongress des südlichen Distriktes der schwedischen sozialdemokratischen Partei tagte am 6. und 7. Januar; betheiligt waren 20 Delegirte, welche über 3000 Parteigenossen vertraten. Der Hauptpunkt der Verhandlungen war, Mittel und Wege zu finden, das Partei-Organ „Arbeidet“ finanziell sicher zu stellen und womöglich die Druckerei in die Hände der Partei zu bringen. Zu diesem Zwecke sollen Extrabeiträge von den Mitgliedern erhoben werden. Im übrigen wurde konstatiert, daß die Partei in stetigem Wachsen begriffen ist. Auch wir dürfen uns dieser Thatsache freuen, die uns beweist, daß der Sozialismus in seinem Siegeslauf nicht mehr aufgehalten werden kann.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Genosse Ströbel, früherer verantwortlicher Redakteur der „Schleswig-Holsteiner Volks-Zeitung“ wurde von der Strafkammer zu Kiel zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt, weil er einen Polizeifergeanten durch die Presse beleidigt haben sollte.

Lokales.

Zur Eingemeindung der Vororte. Einer Abordnung von Vertretern einiger Berliner Vororte hat der Oberpräsident v. Achenbach u. A. folgendes gesagt: Die ganze Angelegenheit könne endgültig nur durch den Landtag erledigt werden. Dies sei zwar im Werke, jedoch werde in der nächsten Session dem Landtage noch keine Vorlage zugehen, da vorher noch weitere Verhandlungen mit der Stadt Berlin und den betreffenden Vororten geführt werden müßten. Die Staatsregierung gebe von dem Gesichtspunkte aus, daß die Interessen der Stadt Berlin und der Vororte gleichwertig behandelt werden müßten. Die Grenzen, welche in der Presse neuerdings angegeben worden seien, entsprächen annähernd den zuletzt gemachten Vorschlägen, die aber noch weiteren Erwägungen unterlägen. Hierbei habe sich eine Meinungsverschiedenheit über den Umfang der Eingemeindung zwischen den Staatsbehörden und der Stadt Berlin ergeben. Beispielsweise wolle er erwähnen, daß die Stadt Berlin eine Begründung der Eingemeindung von Charlottenburg gewünscht habe, obwohl seiner Zeit von Berlin selbst dafür ganz Charlottenburg in Vorschlag gebracht worden sei. Im Westen solle im wesentlichen die Ringbahn die Grenze bilden. Im Norden sei man über die Grenze noch nicht einig und werde dieselbe noch als offene Frage behandelt, während im Osten Friedrichsberg-Eichtenberg, Stralau-Mummelsburg und Treptow mit einbezogen werden würden. Es würde aber unbedingt jeder einzelnen Gemeinde, ebenso wie der Stadt Berlin, Gelegenheit gegeben werden, sich zu der Angelegenheit zu äußern, und es werde dann ihre Sache sein, ihre Interessen mit Energie wahrzunehmen. Unrichtig würde es aber sein, wenn die einzelnen Gemeinden diejenigen Wohlfahrtsleistungen, welche unbedingt notwendig seien, mit Rücksicht auf die schwebende Einverleibungsfrage hintansetzten. Nur auf solche Dinge solle man sich nicht einlassen, deren Verwirklichung erst in Jahrzehnten zu erreichen sein würde. Im Uebrigen wiederhole er ausdrücklich, daß die Staatsbehörden, wie auch er persönlich mit vollem Gerechtigkeitsinn die beiderseitigen Interessen nach Pflicht und Gewissen abwägen würden.

Zur Frage eines städtischen Arbeitsnachweises in Berlin. Im „Vorwärts“ vom 5., 7. und 9. Januar haben wir das Verbot des Dr. Freund eingehend dargelegt und besprochen. An die Verwirklichung seines Vorschlags, der nicht freisch noch zisch, ist wohl nicht zu denken. Auf der anderen Seite läßt

sich nicht verkennen, daß ein im Sinne der Bestrebungen der Arbeiter eingerichteter Arbeitsnachweis zwar unbedingt sich von Stadt wegen einrichten ließe und auch eine außerordentlich günstige Thätigkeit entfalten würde, aber möglicher Weise, selbst wenn der städtische Frosch- und Ententeich ihm zustimmen sollten, durch den Widerstand einiger ebenso einflussreicher wie bornirter Unternehmer gelähmt werden könnte. Denn die Gewerbe-Ordnung hat die Einrichtung eines obligatorischen städtischen Arbeitsnachweises, der die Entnahme der Baare Arbeitskraft aus anderen Nachweisen als den durch Gemeinde-statut festgesetzten verbietet, noch nicht getroffen. Völlig anders liegt die Frage, ob nicht die Stadt verpflichtet ist, ein Arbeitsnachweisbureau für diejenigen Arbeiter zu errichten, die bei städtischen Unternehmungen, Bauten, Erdarbeiten Beschäftigung finden. Selbstredend wäre vorzuschreiben, daß eine achtstündige Arbeitszeit eingeführt und ein mit den verschiedenen Gewerkschaften zu vereinbarenden Lohn für die im städtischen Interesse beschäftigten Arbeiter gezahlt werden. Oder wünscht Herr Freund, der seinen Nothstand sieht, daß die Stadt noch weiterhin die für Berlin beschämende Thatsache registriert muß, daß aus den fauer erworbenen Steuergrößen Tausende und Abertausende an Zwischenunternehmer verschleudert werden, die aus Polen, Schlesien, Ungarn u. s. w. her die „billigsten“ Arbeitskräfte anwerben?

Die sämtlichen Chormitglieder des Theaters Unter den Linden sind am 14. d. M. plötzlich unter Einbehaltung der fälligen Gehaltsmonatsgäbe entlassen worden. Um einen Grund für diese drakonische Maßregel, die eine ganze Reihe Familienväter betraf, war die nach mehr als einer Seite hin berühmte Direktion des Theaters nicht verlegen. Die Choristen sollten in der stattgefundenen Sonntag-Nachmittag-Vorstellung nicht so gut gesungen haben, wie es der Herr Direktor Krenndt verlangte. Außerdem hatten sie, wozu sie kontraktlich durchaus auch nicht verpflichtet waren, an zwei Abenden, die im Linden-Theater in der vorigen Woche abgehalten wurden, nicht mitgewirkt. Auch die Gage für diese beiden verlorenen Abende, die nach dem Kontrakt den Choristen ausbezahlt werden mußte, erklärte der Herr Direktor für nicht fällig. Der Schluß der Stand- und Verlegenheitspredigt, die der Herr Direktor in Gegenwart der Feuerwehr und der Schwerkranke Choristen hielt, lautete kurz und bündig: Gehet Sie! Sofort! Ich brauche Sie Alle nicht! Auch keinen einzigen von Ihnen! Und die Choristen gingen. Inwiefern das Urtheil des Direktors über die künstlerischen Leistungen der Entlassenen zutrifft, ist ja an dieser Stelle nicht unsere Sache zu beurtheilen.

Möglich ist es ja schon, daß die Stimmen nicht so frisch gesungen haben, wie zu verlangen wäre. Diese Minderleistung findet aber ihre Erklärung, wenn man bedenkt, daß der Chorist an einem solchen Tage von 10 Uhr an am Platze sein muß. Vor 10 bis 11 Uhr dauert die Chorprobe, von 11 bis 12 1/2 Uhr die Ensembleprobe; dann kommt die Nachmittag-Vorstellung, welche von 2 1/2 bis 5 1/2 Uhr währt, und schließlich die von 7 bis 11 Uhr dauernde Abend-Vorstellung. Daß dem Choristen seitens der Direktion diese lange Thätigkeit so besonders angenehm gemacht würde, läßt sich eben nicht behaupten, denn Ausdrücke, wie Ochs, halten Sie das Maul, ich schmeiße Sie hinaus, und andere sind bei dem artistischen Leiter, Herrn Ed. Binder, an der Tagesordnung. Auch entschädigt die Gage nicht für die dargebotenen Qualen und Erniedrigungen, denn niemand wird behaupten wollen, daß die Summe von 60 bis 90 M., von der bei dem kleinsten Versehen noch hohe Strafgebühren abgehen, für den Monat einen Familienvater zu besonderem Uebermuth verleiten könnte. Beigleichen ist es allgemeine Ansicht der Choristen, daß die ungeheuren Garderoben und die stete Jagdlust in den Theateräumen auch nicht besonders zur Konserverierung der Stimmritze beigetragen hat. Kurzum, die Choristen haben alle Ursache, ihren Kollegen, die sich nach einem vortheilhaften Engagement sehnen, das Linden-Theater ganz besonders zu empfehlen. Im übrigen sei mitgetheilt, daß die Entlassenen ihre Rechte gegenüber der Direktion im Klagewege geltend machen wollen. Mit der Vertretung ihrer Angelegenheit haben sie den Rechtsanwalt Herrn Harry Priester hieselbst beauftragt.

Konfiszirt wurde die Beilage der am Sonnabend erschienenen Nummer des „Sozialist“ wegen eines Aufrufs an die Arbeitslosen, der diese zu einer Versammlung auf den 18. Januar einludet.

Das Glätteis, das sich durch den Witterungsumschlag vorgestern Abend gegen 9 Uhr auf den Straßen Berlins einstellte, hat auch Unglücksfälle im Gefolge gehabt. In einigen Straßen hielt das Glätteis bis gegen Morgen an. Gestern früh stürzte ein unbekannter Herr vor dem Hause Neue Friedrichstr. 1 zu Boden und verletzte sich anscheinend innerlich derart, daß er in bewußtlosem Zustande in das benachbarte Restaurant von Riechmann getragen werden mußte, hier verstarb der Verunglückte, ehe noch ärztliche Hilfe herbeigeholt werden konnte. Jemand welche Personalspapiere wurden bei dem Todten nicht gefunden.

Das Glätteis hat ferner am Dienstag Morgen einen schweren Unfall herbeigeführt. Um 6 Uhr, also zu einer Zeit, wo die Bürgersteige nach der polizeilichen Vorschrift noch nicht mit abstumpsendem Material bestreut zu werden brauchen, ging der 52 Jahre alte Arbeiter Rudolf Wenzelsdorf aus der Invalidenstr. 108 auf dem Wege nach seiner Arbeitsstelle am Alexander-Ufer entlang, kam infolge der Glätte zu Fall und trug einen Bruch des rechten Oberschenkels davon. Er mußte nach der Charitee gebracht werden.

Wie das Einjährig-Freiwillige-Examen zu stande kommt. In diesen Tagen erhielten, wie der „Voss. Ztg.“ geschrieben wird, sechs Unterfeldwebel einer hiesigen höheren Lehranstalt durch die Postpost folgendes Schreiben: „Berlin, den 12. 1. 1894, C. 22. Spandauer Brücke 10. Hr. Wohlgeboren eruche ich, da es noch sehr zweifelhaft ist, ob Sie im März verfeht werden und somit die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienste erlangen, mich befalls wichtiger Mittheilungen am besten in der Zeit am Sonntag von 11—3 und am Montag von 2—5 Uhr freudlichst besuchen zu wollen. Hochachtungsvoll Dr. Reule.“ Infolge dieses Briefes sind drei Schüler der betr. Lehranstalt hingegangen und haben erfahren, daß Herr Dr. R. ihnen die Erlangung des Zeugnisses in sichere Aussicht stellt, wenn sie bei ihm für 20 M. monatlich einen Unterrichtsfuror durchmachen. Er hat ihnen vorgeschlagen, sich bei der Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige zu melden (was am 1. Februar geschehen muß), ruhig auf der Schule zu bleiben und, falls sie dort das Zeugnis nicht bekommen (d. h. im März), ihr Glück einige Wochen später bei der Kommission zu versuchen. Er kenne die sämtlichen Examinatoren u. s. w. Zum Schluß versichert der Empfänger, ein Oberlehrer der betreffenden Anstalt, daß er für die Wichtigkeit obiger Thatsachen einstehe, auch bereit sei, einen der Briefe im Original einzureichen.

Die Eulenburgerei macht Schule. Der Herr Amtsvorsteher zu Reinoldsdorf hat dem Vorsitzenden des dortigen Arbeiter-Bildungsvereins am Sonntag eröffnet, daß er das geplante Stiftungsfest wohl genehmigen würde, aber — ohne Damen. Der Herr Amtsvorsteher war so liebenswürdig, gleich den Grund seiner Weigerung anzugeben, der nach seiner Meinung darin be-

steht, daß er sich selber strafbar mache, wenn er zu Festlichkeiten politischer Vereine Frauen zulasse.

Ein phantastisches Schwindelmanöver hat ein bejahrter Arbeiter in Spandau ausgeführt. Der Mann suchte eines Tages einen früheren Kollegen auf, der jetzt ein Geschäft hat, und vertraute ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit an, daß er demnächst in Berlin 3 Millionen Mark erheben werde. Er habe bei Erdarbeiten einen großen Diamant gefunden, der durch Vermittelung des früheren Kommandanten von Spandau, General a. D. v. Streitt, dem Kaiser angeboten worden sei. Dieser habe sich bereit erklärt, den Edelstein für die genannte Summe zu kaufen. Die Zahlungsanweisung liege noch, weil Formalitäten zu erledigen seien, bei der Polizei in Spandau. Sobald er das Geld erhalte, würde er seinem Freunde so viel abgeben, daß derselbe einen sorgenfreien Lebensabend haben sollte. Das glaubte der biedere Spandauer, und da der zukünftige Millionär für den Augenblick in Verlegenheit war, so verhandelte er sich von selbst, daß er von seinem Freunde nach Kräften unterstützt wurde. Das ging eine Zeit lang so fort, bis der Geschäftsmann ungeduldig wurde. Er drängte auf Erhebung des Geldes, und der Arbeiter sagte nun, sie wollten an einem bestimmten Tage die Anweisung von der Polizei abholen und nach Berlin fahren. Der Geschäftsmann fand sich auch pünktlich im Rathhause ein, nicht aber der Arbeiter. Jetzt erkannte jener, daß er beschwindelt worden war. Um nicht zu dem Schaden auch noch den Spott zu haben, will er keine Strafanzeige erstatten.

Als ein Todschlag stellt sich nach vollzogener Obduktion der Leiche die That heraus, welche an dem Hühnergeflügel Karmann aus Berlin kürzlich begangen worden ist. Wie durch die Gendarmerie ermittelt worden, ist K., der zuletzt in Rudow sich aufgehalten und dortselbst in mehreren Lokalen gezecht hat, mit unbekannten Personen in Streit gerathen und scheint dabei die gefährliche Wunde erhalten zu haben. Halb betäubt ist K. aus dem Dorfe gewankt, infolge des starken Blutverlustes bald ohnmächtig zusammengefallen und in der eiskalten Winternacht erfroren.

Einige Glückliche. Ein wohl beispielloses Glück hat letzter Tage der in der Laubestraße bedienstete Hotel-Gausthener Weigelt gehabt. Erstens verlor derselbe am Sonnabend, Nacht gegen 12 Uhr, an der Ecke der Laub- und Charlottenstraße einen Hundertmarktschein und fand ihn gegen 5 Uhr Morgens an derselben Stelle wieder. Dann ließ er sich Sonntag Nacht mit einer — Dame ein, die ihm 30 M. in Gold aus der Ueberziehtasche entwendete. Vorgestern Nachmittag nun erhielt der Mann einen Brief der „Dame“, in welchem sie ihn — Gewissensbisse halber — unter genauer Angabe ihrer Adresse ersucht, sich das Geld wieder bei ihr abzuholen. — Viel Glück hat auch Frau G. gehabt, die nach neuerlicher Mittheilung für 2000 M. Werthpapiere nach Abtrennung der fälligen Kuponen in einer Sophaede verpackt und nicht wieder gefunden hatte. Da das Sopha von dem Mädchen ausgepackt war, war der Verdacht entstanden, daß dieses die Papiere in sich genommen hätte. Das Mädchen, das krank in der Charitee liegt, ist nun vernommen und hat ausgefragt, die Papiere gefunden und als werthlos in den Ofen gesteckt zu haben. Frau G. hat noch einmal gründlich im und hinter dem Ofen nachgesehen und ihre Werthpapiere unverfehrt und vollständig vorgefunden.

Auffsehen erregt in kaufmännischen Kreisen der Selbstmord des Schillingstr. 5 wohnenden Fabrikanten Louis Frank, Mitinhaber der Trikotstoff-Großhandlung von Gustav Jakob in der Adlerstr. 5. F. hat sich heute früh im Geschäftslotal erhängt.

Aus einem in der Fahrt befindlichen Stadtbahnzuge geklettert ist vorgestern Nachmittag der auf dem Gesundbrunnen wohnende Metalldehner Weichert. Derselbe hatte sich aus dem Fenster der unverschlossenen Wagenthür hinausgesehrt. Zwischen Stadtbahnhof Börse und Friedrichstraße ging die Thür plötzlich auf und W. stürzte aus dem Waggon. Zum Glück fuhr der Train nur langsam und so kam W. mit einer Verstauchung beider Beine und schweren Hautabschürfungen davon. Der Fall dient jedoch zur Warnung, sich nicht unvorsichtig zum Fenster hinauszulegen, sondern sich stets zu vergewissern, ob auch die Waggonthür geschlossen sei.

Schweres Nothdithum. Ueber einen Pistolenduellkampf, der am Montag Morgen stattgefunden, wird berichtet: Die beiden Gegner waren der Dr. med. C. Römer aus der Brandenburgstr. 47 und der Inhaber der Militär-Ausrüstungsabrik von G. Scholz Nachfolger, Herr de la Croix, Kolonnenstr. 56 in Schöneberg. Dr. Römer, der 35 Jahre alt und unverheirathet war, wohnte mit einem Studienfreund bei einer Frau Kirchbach. Am Sonntag Abend bot er seine Wirthin, ein zweites Bett in seinem Zimmer aufzustellen, da er für die Nacht einen Herrn zu beherbergen beabsichtige. Als dieser ausblieb, veranlaßte Römer den Nachtwächter, ihn um 5 Uhr am Montag früh zu wecken. Dann hat er sich bis spät in die Nacht hinein mit dem Schreiben von Briefen beschäftigt. Nachdem er um 5 Uhr früh den Kaffee genommen hatte, verließ er ohne ein sichbares Zeichen von Aufregung die Wohnung. Gegen acht Uhr trafen sich beide Gegner in Begleitung ihrer Sekundanten in Privat-Equipagen im Ziegeler Forst unweit des Spandauer Reges. Als Arzt war der Chirurg Dr. R. aus dem Norden der Stadt zugegen. Kurz nach 8 Uhr fand der Ringelwechsel statt, nachdem der letzte Versöhnungsversuch gescheitert war. Gleich die erste Kugel des Fabrikanten traf Dr. Römer in die rechte Seite der Brust. Nachdem Dr. R. einen Verband angelegt, begab man sich auf die Fahrt nach dem nächsten Krankenhaus; der Schwerverletzte starb aber bereits unterwegs. Wer der Forderer, wer der Geforderte ist, und aus welcher Veranlassung der Zweikampf stattfand, ist bisher noch ein Geheimniß. Herr de la Croix, der bis zum Mittag in seine Wohnung nicht zurückgekehrt war, hat sofort auf dem Kampfsplatz die Wächter geäußert, sich sofort der Polizei zu stellen und dies auch am Nachmittag gethan.

Schuppenstädtisches. Die Gemeinde-Vertretung von Friedenau hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, daß 22 besetzte Vorgärten wieder hergestellt werden sollen. Zur Begründung dieses Beschlusses wurde betont, daß dadurch dem Vort der Villencharakter erhalten werden solle. Der Beschluß wird von den Haus- und Grundbesitzern in Friedenau für durchaus unhaltbar erklärt, weil nach dem klaren Wortlaut der Baugenehmigungen jeder Hausbesitzer das Recht habe, seinen Vorgarten zu beseitigen unter der Bedingung, daß das gewonnene Straßenland kostenlos der Gemeinde zufalle. Am meisten aber spricht gegen den Beschluß der Umstand, daß einige der zunächst beseitigten Hausbesitzer die Baugenehmigung überhaupt nur mit der Befristung erhalten haben, daß sie keinen Vorgarten errichten und das Straßenland der Gemeinde überweisen.

Wegen Unterschlagung von vierzigtausend Mark verhaftet ist der Agent für Kunstbutter Raschke, Neue Königstr. 33 wohnhaft, welcher die Vertretung der Margarinebutterfabrik von Müller in Hamburg für den hiesigen Platz besaß. Auch ein anderer Vertreter der Hamburger Firma hat sich hier gleich-

Vergehen zu Schulden kommen lassen und ist dafür zu einer größeren Gefängnisstrafe verurtheilt worden.

Stadtverordneten - Streik! Der Magistrat der Stadt Gabelberg a. S. hatte infolge der vorjährigen Cholera-Epidemie bei der Stadtverordneten-Versammlung die Verlegung der Schöpfstelle des Wasserwerkes und dazu Geldmittel in der Höhe von 5000 M. gefordert. Damit waren aber die Väter der Stadt Gabelberg nicht einverstanden und lehnten unter der Motivierung, daß das Gabelwasser zur Zeit sich wieder in gutem, gesundem Zustande befinde, die überreichte Verlegung der Schöpfstelle ab. Wegen dieses Votum erhob der Magistrat und die Polizeiverwaltung Widerspruch bei der königlichen Regierung, und die Folge davon war, daß die Stadtverordneten-Versammlung Gabelbergs gelegentlich ihrer letzten Sitzung am vorigen Sonnabend Protest gegen die betreffende Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten erhob und beschloß, daß sämtliche Mitglieder des städtischen Kollegii ihr Amt niederlegen, falls — was sicher geschieht — die Polizeiverwaltung Gabelbergs im Wege des Zwangsverfahrens mit der Ausführung der Arbeiten beziehungsweise Verlegung der Schöpfstelle beginnen sollte.

Den Ersticken gestorben ist in der Nacht zum Sonntag der 24 Jahre alte Schlosser Paul Michaelis, der in dem Hause Paulstr. 28 eine auf dem Hofe im Kellergechoß belegene Schlafstelle inne hatte. Er war am Sonnabend Abend spät heimgekehrt und muß wohl etwas angetrunken gewesen sein. Er hatte seine Kleidungsstücke beim Schlafengehen vor das Bett niedergelegt und wahrscheinlich nicht bemerkt, daß der brennende Rest einer Zigarre oder ein Streichholz darauf niedergefallen war. Die Kleider entzündeten sich und das langsam schmelzende Feuer theilte sich auch dem Stuhl mit, aus dem die Kleider lagen. Dadurch entwickelte sich ein starker Qualm, der den ungewöhnlich schlafenden Michaelis erstickte. Als seine Wirthsleute um 3 1/2 Uhr dem durchdringenden Brandgeruch nachgingen, fanden sie ihn bereits leblos auf. Die Bemühungen eines sogleich herbeigerufenen Arztes, den Verunglückten in das Bewußtsein zurückzurufen, blieben erfolglos.

Auf dem Eise der Oberspre brach am Dienstag Nachmittag nach 2 Uhr der in Schönweide ansässige Hausbesitzer Schmidt ein. Die Rutschbahn des Verunglückten wurde in der auf dem gegenüber liegenden Ufer befindlichen Gastwirtschaft des Herrn Hahne von einem jungen Gärtner geführt und ohne Fögern eilte der Wirth auf's Eise, um den Ertrinkenden zu retten. Leider mußte er diese müthige That mit dem Tode büßen, denn während es den nachher herbeigerufenen übrigen Gästen gelang, den Hausbesitzer aus der Gefahr zu ziehen, war eine Rettung des Gärtners, der ebenfalls einbrach, nicht möglich.

Polizeibericht. Am 15. d. M. Nachmittags wurde vor dem Hause Chaussestr. 2 ein Arbeitsbursche durch einen Geschäftswagen überfahren und am Oberschenkel verletzt. — Vor dem Krankenhaus Moabit, in der Perlebergstraße, fiel ein Arbeiter infolge der Glätte zur Erde und erlitt eine erhebliche Verletzung des Unterschenkels. — Im Laufe des Tages fanden fünf Brände statt.

Theater.

Herr Oskar Wagner, der Dichtersohn des American-Theaters hat schon manchen glücklichen Griff in der Parodie unserer modernen Realisten gefaßt, aber alles bisher Dagewesene dürfte wohl übertroffen werden durch sein neuestes Werk: „Die Lumpenpuppe oder die Obdachlosen von Berlin“. In diesem parodistisch-realistischen Trauerspiel geht es so heiß her, daß es dem Zuschauer schwer fällt, zu unterscheiden, wo die Parodie anfängt und die Realität aufhört. Bietet doch der tapezierte Müllwinkel, in dem Mutter Wonne ihr Reich aufgeschlagen, an sich schon soviel des Grauenhaften, daß man meinen sollte, seine beängstigende Wirkung würde durch die Menschen, die in ihm sich über ihr unmenschliches Dasein mit gutem Humor hinwegsetzen sollen, eher beeinträchtigt, als verstärkt werden. Aber die Lumpenpuppe, die Wagner sich in gelungener Parodie an das Gannale anlehnen läßt, fördert so viel des fabelhaftesten Glends aus ihrem spiritusdurchtränkten Körper heraus, daß das Grauen nicht weicht und durch eine mit Konsequenz bis zum Vollstadium Karl alias Mauerer Mattern fortgeführte Handlung zur schlotternden Furcht ausartet. In der Parodie hat der Dichter in der That mit einer unübertrumpfbaren Farsche soviel des abstoßend Gräßlichen hineingemengt, daß man, was ja nicht jedermanns Sache im American-Theater ist, schon mit der kouranten Realistik der Bühne vertraut sein muß, um frohen Sinnes zu bleiben. Der großen dem Dichter deshalb nicht, denn die Wesen, die aus dem tiefsten Schlamm der menschlichen Gesellschaft aufgeschicht werden, sind auch in einer Parodie nicht anders zu behandeln, als Oskar Wagner dies mit Meisterkraft gethan. Wir gratuliren ihm von Herzen zu seinem neuesten Meisterwerk und wünschen ihm, was ohnehin wohl nicht ausbleiben wird, ein Vierteljahr lang einen ausverkauften Müllwinkel!

Gerichts-Beitung.

Ein Nachspiel zur Reichstags-Stichwahl bildete eine dieser Tage stattgehabte Verhandlung vor der Strafkammer in Landsberg a. d. W. gegen eine Anzahl Einwohner von Spechtendorf wegen der seiner Zeit berichteten Mißhandlung des Arbeiters Walch aus Charlottenburg, der für den freiwilligen Kandidaten Drave gegen den Abwärtst agitirt hatte. Der Administrations-Sagun ward der Aufreizung zu Mißhandlungen, fünf andere Angeklagte der Mißhandlung selbst beschuldigt. Das Urtheil des Reichshofes lautete gegen vier Angeklagte auf Geldstrafen von 20 bis 100 M., während Sagun wegen nicht genügender Klarlegung freigesprochen wurde.

In einer sozialdemokratischen Versammlung, die zur Zeit der vorjährigen Wahlbewegung abgehalten wurde, traten der Arbeiter Bild. Koch und der Werkführer Richard Augustin als Redner auf. Beide sollen in ihren Ausführungen Bemerkungen haben unterlassen, in denen die Anklagebehörde eine Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander erblickte. Die Genannten fanden gestern dießhalb vor der vierten Strafkammer des Landgericht I. Koch soll gesagt haben, „das Ziel der Arbeiter ist die Revolution“ und Augustin: „Das Volk kommt mir vor wie ein Ochs, der von einem Menschen zur Schlachtkan geführt wird. Das Thier kennt seine Kraft nicht, sonst würde es seinen Führer vom Erdboden wegschlagen.“ Beide Angeklagte bestritten, daß sie eine aufreizende Wirkung beabsichtigt hätten, die beabsichtigten Sätze würden auch einen ganz anderen Sinn erhalten, wenn sie in Verbindung mit den Vor- und Nachsätzen wiedergegeben würden. Der Gerichtshof konnte auf Grund der Beweisaufnahme auch nicht zu der Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten gelangen, sondern sprach beide frei.

Und nochmals ein falscher schwörender Beamter. Vor der Strafkammer zu Wiesbaden fand am 11. Januar eine Verhandlung statt, welche für den Vertreter der „bewaffneten Macht“ jedenfalls noch ein unangenehmes Nachspiel haben wird. — Am 27. April vor. J. brach auf dem Hofe Henriettenhal in Taunus Feuer aus. Die Einwohner zweier in der Nähe liegenden Dörfer thaten ihr Möglichstes, dem gefährlichen Element Einhalt zu thun und es gelang ihren Bemühungen auch, die anstehenden Gebäude zu retten. Nachdem die schwerste Arbeit gethan, erschien der Gendarm Voigt II aus Idstein und forderte die Umstehenden in darscher Weise auf, den Hof zu verlassen. Als die Menge dieser Aufforderung nicht sofort nachkam, zog Voigt den Degen und stürzte sich

auf einen ruhig dastehenden Arbeiter, packte ihn an der Brust und schlug auf ihn ein. Der Geschlagene brach ohnmächtig zusammen, fiel mit dem Kopfe gegen einen Wagen und verletzte sich dermaßen, daß er vier Wochen krank lag. Unter Frankfurter Partei-Organ, die „Volksstimme“, hatte den Fall zur Sprache gebracht und war von Voigt wegen Beleidigung verklagt. Von dem Schöffengericht zu Idstein wurde der verantwortliche Redakteur der „Volksstimme“, Genosse Hoch, freigesprochen, da mehrere Zeugen bekundeten, daß sich der Vorfall in der von der „Volksstimme“ wiedergegebenen Weise abgespielt hatte. Hiergegen legte der Staatsanwalt Berufung ein und so kam die Sache vor der Strafkammer zu Wiesbaden nochmals zur Verhandlung. Auch hier sagten sieben Zeugen unter Eid aus, daß der Gendarm Voigt mit dem Degen geschlagen habe. Die von letzterem geladenen Entlastungszeugen konnten nichts angeben, sie waren zu weit entfernt gewesen, um etwas sehen zu können. Voigt, der ebenfalls vereidigt wurde, bestritt die Aussagen der Zeugen auf das Entschiedenste und behauptete, den Degen gar nicht in der Hand gehabt zu haben. Auch als ihn der Vorsitzende auf seinen geleisteten Eid aufmerksam machen, blieb er bei seinen Aussagen. Der Angeklagte Hoch verwies darauf, daß durchaus keine Ursache vorhanden sei, die Glaubwürdigkeit der sieben Zeugen anzuzweifeln; alle seien unbescholtene Leute (vier Arbeiter, ein Fabrikant und ein Lehrer) und hätten an sich gewiß gar kein Interesse, den Angeklagten reinzuwaschen. Der Staatsanwalt beantragte, den Genossen Hoch zu 300 Mark Geldstrafe und die Kosten zu verurtheilen. Das Gericht schloß sich jedoch den Ausführungen des Angeklagten an und sprach ihn frei. Die Kosten wurden der Staatskasse eingelegt. In der Begründung betonte das Gericht ausdrücklich, es sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß den sieben Zeugen Glauben zu schenken sei. Damit ist also ausgesprochen, daß der Gendarm einen Meineid geleistet hat, was für diesen Wächter der Ordnung wohl noch böse Folgen haben wird.

Ein unsittliches Attentat auf einen weiblichen Passagier eines zwischen Garmisch und Berlin verkehrenden Vorortzuges führte heute den Vorkämmerer Hugo Moll aus Berlin vor die 2. Strafkammer am Landgericht II. Der Angeklagte sitzt in Begleitung eines Freundes an einem der letzten Novembertage in Friedrichshagen in den Zug. Bis Straßau-Hummelsburg hatte sich der Zug soweit geleert, daß sich außer dem Angeklagten und seinem Freunde (der sich schlafend stellte), nur noch eine einzelne junge Dame im Wagen sah. Diese belästigte Moll mit unsittlichen Anträgen und ging schließlich so weit, daß die Dame den Schaffner zu Hilfe rufen mußte. Dieser ließ es an einer Verwarnung geschehen, da ihm aber Moll darauf ein unsittliches Schimpfwort zurief, so wurde er auf dem Schaffners Bahnhof angehalten und festgesetzt. Obwohl zwei Beleidigungen vorliegen — auch das Attentat auf die junge Dame war als Beleidigung aufgefaßt worden — kam der Angeklagte wegen seiner bisherigen Unbescholtenheit mit 50 M. Geldstrafe davon.

Ein neues Würfelspiel wird in den ländlichen Ortschaften um Berlin herum häufig gespielt, ohne daß die Gastwirthe und die spielenden Gäste eine Ahnung davon haben, daß es sich um ein regelrechtes Dazardspiel handelt. Einfach das „Neue Spiel“ genannt, wird dasselbe in der Weise gehandhabt, daß auf den Tisch die Zahlen von 1—6 geschrieben werden. Auf diese Zahlen setzen die Spieler Geldbeträge nach Belieben und der Bankhalter zieht ein oder zieht aus, je nachdem die Würfel fallen. Auch bei dem Gastwirth Saack in Mariendorf war dieses Spiel aufgestellt worden, die Vorbenutzer ließen es aber in der Regel bei Einsätzen von 5—10 Pfennig genügen. Als aber eines Abends der Geschäftsfreisende Dommann aus Berlin im angestrichenen Zustande den Betrag von 20 M. im „neuen Spiel“ verlor, kam die Sache zur Anzeige und schließlich zur strafrechtlichen Erörterung vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II. Der Gerichtshof kam zu der Ueberzeugung, daß das „Neue Spiel“ ein reines Dazardspiel sei und verurtheilte den angeklagten Gastwirth wegen Duldens von Glücksspielen zu 30 M. Geldstrafe.

Soziale Uebersicht.

Zur Lage des Streiks der Vorgeandereher und -Maler in Annaburg wird uns von dort mitgetheilt: Wie den Lesern des „Vorwärts“ durch Nr. 6 und 9 bekannt, liegen obengenannte Arbeiter seit dem 2. d. M. im Streik. Wie dies bei derartigen Fällen üblich, findet das Unternehmertum in den Zivil- und Militärbehörden die nöthige Unterstützung, deshalb wurde auch unser Ort, nachdem sich der Herr Landrath von Lorgau von der „Humanität Hedemanns“ genügend überzeugt, um zwei Gendarmen verstärkt. — Nothwendigkeit zu dieser Maßregel lag nicht vor.

Nach Lage der Sache hängt die siegreiche Durchführung dieses Abwehrstreiks zu Gunsten der Arbeiter von der oft erprobten Solidarität und Opferfreudigkeit der Genossen ab.

Zugig ist strengstens fernzuhalten und in allen Arbeiterblättern darauf hinzuweisen.

Den Streikenden gelang es bis dato den Zugang bis auf einige „Grazien“, welche wegen Unerschlichkeit von der Organisation verstoßen, andererseits aber so unumoralisch sind, die Streikenden auszulindern, um sich dann auf Umwegen — natürlich mit Hilfe der Polizei per Wagen eskortieren zu lassen — in die Fabrik einzuschummeln. In ihren Früchten soll ihr sie erkennen!

Das Bemerkenswerthe bei dem Streik ist nur die Freigabe der Gastwirthe in bezug auf die Lokalsfrage. Niemand will seinen Saal hergeben, alle leisten dem Unternehmertum Vorschub, und dabei hängen gerade die Wirthe von den Unständigen ab. Diese Sache muß geändert werden und hängt von dem Ausgang dieses Streiks ab.

Darum Genossen allerwärts helfet durch Eure Unterstützung der gerechten Sache zum Siege, auf daß wir in Annaburg Gelegenheit finden zu beweisen, daß es nur der geschlossenen Macht der Arbeiterschaft bedarf, um die Macht des Kapitals zu brechen.

Ein einziges Versammlungstokal und wir haben gewonnenes Spiel. Mit sozialdemokratischem Gruß.

Der Vorstand des Arbeiter-Bildungsvereins für Annaburg. J. A. Hermann Herrnsdorf.

Nochmals die „Musteranklagen“ als Gabenspenden. In Nr. 9 vom 12. d. M. theilten wir mit, daß dem Beamtenpersonal der Stadt- und Ringbahn kurz vor Jahreschluss eine deprimirende Festübersichtung zu Theil geworden sei. Durch eine geheime Verfügung seien die Stationsvorstände angewiesen, Unterstützungsgesuche fernerhin nicht mehr anzunehmen und einzureichen, weil der Unterstützungsfonds erschöpft sei. Nur in den „allerdringendsten Fällen“ sei es zulässig, solche Gesuche dem Betriebsamte vorzulegen. Seitdem sollen selbst Nothstände, welche durch Krankheiten oder Todesfälle in den Familien von Beamten, auch gering besoldeter, eingetreten sind, von den Stationsvorständen für die Annahme von Unterstützungsgesuchen nicht als richthaltig anerkannt worden sein.

Wo die der preussischen Eisenbahnverwaltung zur Verfügung stehenden Mittel bleiben, mag folgende Mittheilung beleuchten.

Jährlich zur Weihnachtszeit überweist der Minister der öffentlichen Arbeiten, das ist Herr Thielens, dem Postamt 41 in Berlin (Mauerstraße) als „Vergütung“ 500 (fünfhundert) Mark. Statt Vergütung sagen wir lieber Gratifikation. Diese 500 M. gelangen mit Bewilligung des Direktors der 8. Abtheilung im Reichspostamt, Fischer, unter den Beamten und Unterbeamten

des betreffenden Postamts zur Vertheilung und zwar dergestalt, daß der Vorsteher des Amtes, Postdirektor Thiel, mit dem höchsten Betrage — 60 M. — bedacht wird, die große Masse der dort beschäftigten Stadtpostboten, Paketträger und Post-Hilfsboten, diejenigen, die mit den kleinsten Löhnen abgespeist werden, leer ausgehen und keinen Pfennig erhalten. Inwiefern dies mit der von dem Berliner Ober-Postdirektor Griebach erlassenen Verfügung, betreffend die „pflichtvergessenen Beamten“, übereinstimmt, soll bei dieser Gelegenheit ununtersucht bleiben.

Hier kommt es nur darauf an, darguthun, zu welchen Zwecken der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Thielens, Gelder flüssig hält, und zwar Gelder, die aus öffentlichen, von der Gesamtheit aufgebracht Mitteln herrühren. Es ist denn doch die Frage, ob die preussische Eisenbahn-Verwaltung berechtigt ist, einer Reichsbehörde Gratifikationen zu überweisen, es ist weiter die Frage, welche Leistungen den 500 M. denn eigentlich gegenüberstehen, ob diese Leistungen nicht etwa schon aus Reichsmitteln im Gehalt des Gehaltss honorirt werden, und weiter, ob es einer Staatsbehörde nicht würdiger wäre, die vorhandenen Mittel zuerst auf die Hebung der Nothlage ihres eigenen und zwar des untersten Personals zu verwenden.

Der deutsche Holzarbeiterverband hat, wie aus der soeben veröffentlichten Abrechnung hervorgeht, pro 2. Quartal 1893 mit einem Minus von 1880,49 M. abgeschlossen, trotzdem die Mitgliederzahl gestiegen ist. Für Reiseunterstützung sind veranlagt 7974,65 M., für Gemahregelte 102,50 M., für Bleichschuß 691,12 M., für Agitation nur 807,07 M., während die „Holzarbeiter-Zeitung“ 8831,55 M. erforderte.

Die österreichische Gewerkschafts-Kommission theilt aus Wien mit, daß in der österreichisch-amerikanischen Gummiwaren-Fabrik (Mittelschiff-Fabrik) ein Streik ausgebrochen ist, weil die Direktion die von den Arbeitern gestellten Forderungen auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse abgelehnt hat. Der Direktor erklärte, er würde sich Arbeiter aus Deutschland kommen lassen, falls die Arbeiter der Fabrik die Arbeit einstellen wollten. Es befinden sich 250 männliche und 150 weibliche Arbeiter im Aufstand.

Die deutschen Arbeiter werden von dieser Mittheilung Notiz nehmen und sich nicht als Streikbrecher gegenüber ihren österreichischen Genossen brauchen lassen. Die Arbeitsverhältnisse sind in Oesterreich so ungünstig, daß die Arbeiter Deutschlands alle Ursache haben, bei der Annahme von Arbeit in Oesterreich recht vorsichtig zu sein. Besonders aber gilt dies in diesem Falle, um den österreichischen Genossen den Kampf nicht zu erschweren.

Eine vernünftige Verfügung hat vor kurzem die Direktion der Herrsbahn an das ihr unterstellte Beamtenpersonal erlassen. In derselben wurde anempfohlen, daß in Zukunft die Unterthänigkeit- und übertriebenen Höflichkeit-Bezeichnungen, wie „ehrfürchtvoll“, „ganz ergeben“ u. s. w., in den Eingaben an die Direktion zu unterlassen sind.

Das Oberbergamt Dortmund beabsichtigt den Erlaß einer Polizeiverordnung, durch welche Personen unter 16 Jahren und solchen, die bis zu ihrem 60. Lebensjahre in der Grube noch nicht beschäftigt waren, unterlagert wird, unter der Erde zu arbeiten. Zu selbständigen Hauerarbeiten sollen nur solche Personen zugelassen werden, welche das 21. Lebensjahr erreicht, wenigstens drei Jahre in der Grube gearbeitet haben und während dieser Zeit wenigstens ein Jahr unter der Leitung eines selbständigen Hauerers beschäftigt gewesen sind. Es folgen dann noch einige weniger wichtige Bestimmungen über Arbeitsbücher, Zeugnisse u. s. w. Die Verordnung soll den Zweck haben, Unfälle in den Gruben zu verhüten und wäre schon aus diesem Grunde an sich nichts dagegen einzuwenden. Aber man muß sich verwundern fragen, warum man nicht auf eine strengere Handhabung des Berggesetzes gegenüber den Unternehmern hinarbeitet. Der Arbeiter, dessen Leben jeden Augenblick in Gefahr steht, wird naturgemäß alles zu vermeiden suchen, was eine Katastrophe herbeiführen könnte. Bei unglücklichen Unglücksfällen in den Bergwerken ist es aber bereits nachgewiesen worden, daß es einzig und allein die Proflithuth der Unternehmer war, die es nicht zuließ, daß alle Vorsichtsmaßregeln angewendet wurden, über die die moderne Technik heute verfügt.

„Ich kann mir wohl denken, daß eine alte Frau“ die zum dritten Male für ihre Ziege Gras entwendet, vom moralischen Standpunkte aus ein Jahr Zuchthaus verdient habe.“ Das sind die Worte eines sächsischen Junkers, die nicht etwa privatim, sondern in voller Öffentlichkeit in einer Sitzung der ersten Kammer des sächsischen Landtags ausgesprochen wurden.

Die sächsische Regierung will nämlich geringfügige Felddiebstähle der Kompetenz des Reichs-Strafrechts entziehen und sie durch Charakterisirung derselben als Uebertretungen eines Feldpolizeigesetzes der Landesgesetzgebung unterstellen. Dadurch würde es erreicht, daß eine Bestrafung derselben in keinem Falle eine Haftstrafe von 6 Wochen oder Geldstrafe von 150 M. übersteigen kann, während dieselben jetzt unter Umständen mit Zuchthaus, mindestens aber (im wiederholten Rückfalle) mit 3 Monaten Gefängnis bestraft werden müssen. Für die diesem milderen Gesetze zu unterstellenden Felddiebstähle sind 9 M. als oberste Werthgrenze des gestohlenen Objekts angenommen. — Diese Abmilderung der für geringe Felddiebstähle außerordentlich hohen Strafen, wie sie das Reichs-Strafrecht vorsieht, erscheint den prologischen Junkern schon zu radikal. Sie, die nicht aus Noth, sondern um ihrer Verschwendungssucht zu genügen, oft genug zu Betrügern und Gauchspielern werden, möchten in ihrem strengen Uebermuth am liebsten die Peitsche auf den Rücken eines jeden armen Teufels tanzen lassen, den die bittere Noth dazu trieb, ein Vergehen dort zu entwerfen, wo Ueberfluß vorhanden. Möge die ärmere Landbevölkerung diese Worte sich einprägen, sie wird aus denselben auch entnehmen können, wo ihre Freunde — nicht sind.

Ein düsteres Gegenwartsbild. In Sachsen wurden im Jahre 1892 nicht weniger als 18 297 (18 61: 10 075, 1890: 8315, 1889: 8368) „Vagabunden“ wegen „Wettel“ bestraft. — Welche Summe von Elend, von Hunger, von moralischer Erniedrigung und Verzweiflung liegt in allen diesen Zahlen von Arbeitslosigkeit und Bestrafungen. Man sollte glauben, den Trägern der heutigen Gesellschaft würde sehr bange um die Zukunft bei Betrachtung solcher Gegenwartsbilder.

Der achtstündige Arbeitstag ist in der größten Waffenfabrik in Suhl eingeführt worden, um, wie es hieß, dem eigenen Wunsch der Arbeiter nachzukommen. Der ohnehin schon farge Lohn wurde in entsprechender Weise gelüßt. Merkwürdig ist, daß die Fabrikanten erst jetzt, nachdem alle Läger mit Waaren vollgepumpt sind, auf den Achtstündentag gekommen sind, vor zwei Jahren wurde in derselben Fabrik Tag und Nacht ohne Unterbrechung gearbeitet. Daß dies die Folgen der planlosen Produktionsweise sind, werden die Fabrikanten schwerlich eingestehen wollen.

Was der Militarismus verschlingt, selbst in Friedenszeiten, dürfte Manchem unbekannt sein. Die „All. Pol. Kor.“ giebt uns hierüber einigen Aufschluß: Nach einer genauen statistischen Berechnung zufolge, hat die Anzahl der Truppen, die bei den diesjährigen Herbstmanövern auf dem europäischen Kontinent beieiligt waren, nicht weniger als 1 200 000 Mann betragen. Bei diesen Manövern wurden 60 000 000 Patronen verschossen, und die Kosten des nachgehenden Krieges belaufen sich auf 400 000 000 M. Eine enorme Summe, die da unnäherweise „verpulvert“ wird, währenddem überall Noth und Elend herrscht.

Der Bankrott der „freiwilligen Arbeitslosen-Versicherung“ zu Bern, den wir schon, als wir f. 3.

über die Gründung jener famosen Kasse berichteten, vorauslagten, ist nun bereits eingetreten. Aus dem wird nun darüber geschrieben: Von den 400 Mitgliedern, welche der Kasse angehören, sind nicht weniger als 165 arbeitslos, zu denen noch ca. 300 nichtverpflichtete Arbeitslose kommen. Die Arbeitslosen-Kasse appelliert nun an die „bekannte Wohlthätigkeit“ der Zit. Arbeitgeber und der Zit. Bevölkerung, um helfen zu können. In diesem, für die armen Arbeitslosen recht beklagenswerten Ende der Versicherungs-Kasse befindet sich wieder einmal das Schicksal, welches immer die Galt heftig erfährt. Will man etwas Ganzes zur materiellen Unterstützung der Arbeitslosen, so müssen die Arbeiter aller Berufe und zwar gesellig dagegen versichert sein.

In Zürich haben sich bei der Arbeitslosen-Kommission 400 Arbeitslose gemeldet, für die keine Arbeit beschafft werden konnte. Darunter sind 164 Verheiratete. Sie werden nun täglich zweimal durch warmes Essen, das in der Kaserne, wo die Küche ist, eingenommen oder nach Hause geholt werden kann, unterstützt.

Arbeitslosen in Amsterdam. Das Arbeitslosen-Komitee zu Amsterdam hat, anlässlich der am zweiten Weihnachtstage von der Polizei verübten Misshandlung, eine Zuschrift an den Gemeinderath gerichtet, worin es den Rath auffordert, eine gründliche Untersuchung nach den wahren Schuldigen vorzunehmen, damit diese bestraft werden und Wiederholungen in der Zukunft vorgebeugt werden. Der Bürgermeister, der das Auftreten der Polizei verteidigte, brachte den Antrag ein, die Sache nicht weiter zu besprechen, weil eine gerichtliche Untersuchung bereits eingeleitet worden sei. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. — Die ordnungstreuen Philantropen unterstützen 2945 Familien, deren Ernährer arbeitslos und zugleich hässlich ruhig sind (das heißt, sie dürfen keine Sozialdemokraten sein), mit der kolossalen Summe von 7 Gld. (11—12 Pf.) pro Tag und pro Person.

Benachrichtigung. In der Schuhmacherei von Hirschenheim sind nicht, wie es irrtümlich im „Vorwärts“ berichtet ist, sämtliche Forderungen bewilligt, sondern nur der größte Theil derselben. Die übrigen Differenzen wurden durch gegenseitigen Ausgleich erledigt.

Der Arbeiter-Ausschuß.

Verhandlungen.

Die Bauanschläger hatten am 14. Januar eine öffentliche Versammlung, in der Genosse Jahn über Zweck und Ziel der Gewerkschafts-Organisation referierte. Der einstimmige Beschluß der Versammlung am Schlusse des Vortrages zeigte das lebhafteste Einverständnis mit den Ausführungen des Vortragenden. In der Diskussion, die sich daran schloß, bedauerten die Redner zu meist, daß am Orte drei Organisationen der Bauanschläger neben einander bestehen, und wünschten einen Zusammenschluß derselben. Die Versammlung stimmte schließlich einer Resolution zu, in der die unorganisierten Kollegen aufgefordert wurden, sich der für ihre Branche bestehenden Organisation anzuschließen. Man erörterte dann noch die Frage, auf welche Weise am besten das Zusammenschmelzen der drei Vereine zu bewerkstelligen sei. Ein definitiver Beschluß wurde nicht gefaßt, dagegen erhielt der Kollege Lufsch den Auftrag, sich mit geeigneten Personen aus den drei Vereinen in Verbindung zu setzen, um weitere Schritte in dieser Angelegenheit vorzubereiten.

In einer öffentlichen Versammlung der Riffenmacher die am 14. d. M. tagte, gab der Vertrauensmann Scherich die Abrechnung, die folgendes ergab: Einnahme 50,05 M., Ausgabe 4,64 M., mithin Ueberschuß 45,41 M. Im Verein mit dem alten Bestand ergibt dies ein Vermögen von 129,57 M. Den streikenden Mitgliedern wurden hierauf 20 M. bewilligt und dem Vertrauensmann die Vollmacht erteilt, in Zukunft Sammellisten zu sammeln zu lassen für die im Streik befindliche Gewerkschaft; sowie um schnell zu helfen, mit Hinzuziehung der Revisoren auch eine sofortige Unterstützung zu gewähren, die dann die nächste Versammlung sanktionieren soll. Sodann unterbreitete Scherich der Versammlung den Entwurf des Dr. Freund betreffend die Errichtung eines Arbeitsnachweises, der nach einer kurzen Debatte von der Versammlung für unannehmbar betrachtet wurde. Kollege Kage wies zum Schluß auf die Zentralisation der Krankenkassen hin, und plädierte für Anschluß an den Berliner Sanitätsverein.

Die Militär- und Lieferungs-schneider waren zum 15. Januar abermals von der Agitationskommission zu einer öffentlichen Versammlung zusammenberufen worden, um darüber zu verhandeln, wie die augenblicklich günstigen Verhältnisse in der Militär- und Lieferungsbranche zur Erringung besserer Lohnbedingungen für die darin beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen benutzt werden können. Der Kollege Bilz-Pantow legte in seinem beifällig aufgenommenen Referat klar, wie die Arbeitsverhältnisse in dieser Branche sich, was Behandlung wie Bezahlung anbetrifft, immer ungünstiger gestaltet haben, daß es jetzt an der Zeit sei, sich zusammenzusetzen, um mit vereinten Kräften endlich einmal dagegen vorzugehen. Kollege Lufsch ergänzte hinzu, indem er die Sonderstellung, welche die Militär- und Lieferungs-schneider ob ihres unter ihnen herrschenden Kastensolles immer noch einnehmen, geistelte, über die Form der Organisation sollte man jetzt nicht streiten, Hauptfrage sei hier, daß die Kollegen dem immer mehr übermächtig werdenden Unternehmertum eine dieselbe imponierende organisierte Masse gegenüberstellen, nur so ließe sich bei der gegenwärtig durchaus günstigen Konjunktur für die in dieser Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen etwas Ersprießliches schaffen; unbedingte Pflicht der Kollegen sei es, diese Gelegenheit nicht unbeachtet vorbeigehen zu lassen, gern sei ihnen Beistand in diesem Kampfe von allen Kollegen und Kolleginnen zugesichert, denn man könne wohl getrennt marschieren, doch müsse man unter allen Umständen vereint schlagen. — Ferner in (Militär-Schneider) erklärt die vom Referenten kurz gestreifte Angelegenheit bezüglich der Eingabe an das Ministerium und die darauf erfolgte abschlägige Antwort von dort nicht für spruchreif, indem dem Vorstehenden die Nachsicht zugegangen sei, daß binnen 14 Tagen im Ministerium endgültig darüber gesprochen werden solle. Ferner bestreitet Redner ganz energisch, daß die gegenwärtige Konjunktur günstig sei, Verbesserungen zu erlangen, er erblickt die einzige Abhilfe in der lokalen Organisation.

Ein anderer Redner behauptet, daß die Sozialdemokratie die Arbeiter vernachlässige, genau so wie der Schneider- und Schneiderinnen-Verband seine Mitglieder vernachlässige. In seiner hierauf erfolgten Widerlegung bestätigt der Vorlesende Kollege Danzig (Militär-Schneider), daß die gegenwärtige Konjunktur dennoch eine günstige sei, oder sie würde es nie werden. Kollege Timm schließt sich in einigen Punkten den Ausführungen Lufschs an und geistelt sodann das Fehlen der Schulbildung und gegnerischer Haltungen, wie dies von einem Kollegen empfohlen war. Die gegenwärtige günstige Konjunktur muß ausgenutzt werden, ganz entschieden aber das unsinnige Kräftigwerden der Organisation aufheben. Die nochmaligen Ausführungen Lufschs, die mehrere unbedeutende Unterstellungen gegen die Bemühungen der Agitationskommission enthielten, gaben der Kommission Gelegenheit festzustellen, daß die ablehnende Haltung der Militär-Schneider die Bemühungen der Kommission unmöglich gemacht hat.

In der Versammlung der arbeitslosen Filzschuh-Arbeiter, die am 15. Januar, Vormittags, tagte, hielt der Genosse Paul Jahn den einleitenden Vortrag über: „Die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen“. Anknüpfend an die Verhältnisse in Frankreich und England, wie sie zu Ende des vorigen Jahres bereits bestanden, legt der Vortragende auf's Eingehendste das eigentliche Wesen der kapitalistischen Produktion bloß. Die

Ursachen der sich hieraus ergebenden Mißstände werden nicht aufgehoben, wenn die leidenden Proletarier, ähnlich wie englische Arbeiter der vierziger Jahre, die Maschinen zerstören wollten; nur durch eine vernünftigmäßige Produktion kann der schreiende Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion gelöst werden. Durch die Ausbeutung der Gefängnisarbeit, die Benützung der Frauen- und Kinderarbeit wird die Arbeitslosigkeit mehr und mehr gefördert, ohne daß durch Verkürzung der Arbeitszeit die Wirkungen dieser Maßregeln paralysiert werden.

Die Regierung erhöht durch die Unterstützung einer volksfeindlichen Politik die schlimmen Wirkungen, welche durch die Arbeitslosigkeit in allen Branchen hervorgerufen werden. Mäße Jeder dahin wirken, daß die Erkenntnis über den Widerstand der heutigen Ordnung die weitesten Kreise durchdringt. (Beifall). Die Diskussion gab den Rednern der Anarchisten Gelegenheit, den Generalstreik als Allheilmittel in's Treffen zu führen. Der Referent weist auf den Mißerfolg der Chartisten hin, die durch mangelnde Organisation zu grunde gegangen und deshalb ein warnendes Beispiel für derartige Experimente sind, wie sie verschiedene Leute empfehlen. Eine Resolution, welche die Abhilfe nur im Anschluß an die sozialistische Bewegung erblickt und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für Erlangung einer besseren Ordnung die Anwesenden verpflichtet, wird einstimmig angenommen.

In Friedrichshagen fand am 13. Januar eine öffentliche Volksversammlung statt. Reichstags-Abgeordneter J. Auer sprach über das Thema: „Der Klassenstaat und die Sozialdemokratie“. Eingangs seines Vortrages verwies Redner auf das Schauspiel, das die parlamentarische Vertretung des deutschen Volkes in den letzten Tagen bei ihren Verhandlungen über „die neue Hundert Millionen-Steuer-Vorlage“ gegeben. Veranlassung zu dieser Vorlage ist bekanntlich die im vorigen Sommer erfolgte Annahme der Militär-Vorlage. Die neuen Steuervorlagen begünstigen eine Vermehrung der Reichseinnahmen um 100 Millionen; das wären aber 40 Millionen mehr, als eigentlich für Militärausgaben notwendig seien. Die Lösung des Räthsel, weshalb das gefasste, sei sehr leicht. Die Budgets der Einzelstaaten könnten nicht mehr existieren, wenn nicht das Reich bedeutende Summen in Form von Ueberweisungen aus den indirekten Steuern gewährt. Durch die neuen Steuervorlagen soll hierfür eine feste Norm geschaffen werden. — Der Klassenstaat vermag, ohne den äußeren und inneren Feind gegenüber bis an die Zähne bewaffnet dazustehen, nicht mehr fertig zu werden. Die schillernde Angst treibt zu immer größeren Mißthungen. Daneben besteht nun auch noch ein äußerer Feind. Alle die Staaten, die sich zur christlichen Lehre der Brudersliebe bekennen, sind von diesen Grundfragen so wenig überzeugt, daß sie alle ihre Geträgnisse benützen, nur um sich vor ihren christlichen Brüdern im Nachbarlande zu schützen. (Heiterkeit und Bravo!) So sind auch bei uns neue Ausgaben für diesen „lieblichen“ Zweck notwendig geworden. Mit der Bewilligung der vielen Tausenden von Soldaten waren unsere Bourgeois und Patrioten schnell fertig. Das Schlagwort: die Steuern sollten von leistungsfähigen, starken Schultern getragen werden, trug wesentlich dazu bei. Wie berechtigt das Mißtrauen der sozialdemokratischen Fraktion und breiter Volksschichten gegen dieses Schlagwort war, bewiesen die jetzigen Steuervorlagen. Leute, die über das Wesen des Klassenstaates sich klar sind, wußten, daß das Reichsanstalters Reden nur Einschülfungsmittel, gewissermaßen nur Honigseim um den Mund derer, die nicht alle werden“ waren. Von jeder haben die herrschenden Klassen es verstanden, die Säcken auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen und es wird auch so bleiben, so lange noch eine Zweiteilung in Herrschende und Gehobene giebt. Interessant sei es, zu beobachten, mit welchen Mitteln die herrschende Klasse bemüht ist, die Steuern auf die Schultern der Beschloßenen abzuwälzen, und zwar bedient sie sich dazu des Systems der indirekten Steuern auf „Luxusartikel der großen Masse“ als Kaffee, Zucker, Salz u., wie sich bis zum geschmacklos ausgedrückt bezieht. Die indirekten Steuern wirken jedoch als Kopfsteuer, zumal sie die arme Bevölkerung ungleich härter treffen als die reichende. Von eben demselben inneren Feind, vor dem sich schützen zu müssen der moderne Klassenstaat vorgiebt, nimmt er auch die Mittel zu diesem Schutze, denn alle diese großen Steuerverträge finden Verwendung für Militärausgaben. Alle Kulturaufgaben werden vernachlässigt. Eigenthümlich berührt es auch, daß in demselben Maße, wie die Entwicklung der Verkehrswege wächst, sich für die arbeitende Bevölkerung die Schwierigkeit erhöht, Brot zu beschaffen. In demselben Verhältnis, wie die Produktion sich steigert, wächst auch das Elend der Arbeiter. Vervollkommen der Maschinenwelt, Heranziehung der Naturkräfte u. gereicht in der heutigen Eigentumsordnung der großen Menge zum Schaden. Gute Ernten sind für unsere Agrierer etwas Schreckliches. Die heutigen Machtthaber haben kein Verständnis für den immensen Kulturfortschritt der Menschheit und sind rathlos. Seit Jahren erschöpfen sich die europäischen Staaten in ihren Kriegen, um den Frieden zu sichern, der doch eigentlich, da jede Regierung ihre Friedensliebe bezeugt, gar nicht gefährdet ist. Gerade dadurch schürt man die Kriegesgefahr immer mehr. Man schafft Verkehrseinrichtungen, um ihnen gleich darauf durch Zollschranken wieder Hindernisse in den Weg zu legen. Dem gegenüber ist die Sozialdemokratie die einzige Partei, die ein klares Programm entwickelt. Die vollständige Beseitigung der jetzigen Zustände ist das Ziel der Sozialdemokratie. Die Verhältnisse drängen mit Naturunvermeidlichkeit zu einer Veränderung. Und im Bewußtsein, daß diese Ideen zum Siege gelangen werden, liegt unsere unbesiegbare Kraft! (Herausdrachen Beifall.) Nach einer kurzen Diskussion gelangte eine im Sinne des Referats gebaltene Resolution einstimmig zur Annahme. Namens der in der Volksversammlung vom 4. November 1893 gewählten Jänner-Kommission, der die Beratung zur Errichtung eines Allgemeinen Gewerkschaftsvereins übertragen war, berichtete Genosse Banz. Die Kommission ersuchte um Ablehnung des Antrages und schlug folgende Resolutionen vor: a) In Erwägung, daß die vom Genossen Knapp vorgeschlagene Allgemeine Gewerkschafts-Organisation nicht, oder doch nur in geringem Maße geeignet ist, Indifferente zu Sozialisten zu machen, empfiehlt die Kommission der öffentlichen Volksversammlung: die jetzige politische Organisation bestehen zu lassen. b) Der Vertrauensmann möge versuchen, zuerst eine Verschmelzung der beiden am Orte bestehenden Arbeiter-Gesangsvereine herbeizuführen. Dieser eine große Arbeiter-Gesangsverein soll dann in corpore dem Allgemeinen Arbeiter-Bildungsverein für Friedrichshagen und Umgebung“ als Mitglied beitreten. — Nachdem Genosse Barthmann ebenfalls für diese Resolutionen plädiert und Genosse Knapp nochmals seine Pläne erörtert hatte, gelangten die Resolutionen fast einstimmig zur Annahme. Die gleichfalls in der letzten Versammlung gewählten Revisoren Barthmann, Barth und Köhler bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung der früheren Vertrauensperson. Vom Genossen Sonnenburg wurde auf den am 27. Januar stattfindenden Mollenhall hingewiesen und zum Schluß zum Beitritt in den „Bildungsverein“ ermahnt.

In Schöneberg tagte am 14. Januar eine öffentliche Versammlung der Endkureure. Regierungsbaumeister Kessler referierte über die Kassenloos-Prage. Redner führte aus, daß diese Frage nicht bereits eine zufriedenstellende Lösung gefunden habe, liege zum größten Theil an dem Indifferentismus der Arbeiter selbst. Allerdings müsse in Betracht gezogen werden, daß die mangelhafte Schulbildung, welche in unseren Volksschulen verpaßt wird, keineswegs geeignet ist, die Menschen zum Denken anzuregen. Der Schüler, der mit 14 Jahren in die Lehre tritt, könne wohl gewöhnlich die Daten vieler Schlachten und auch Bibelsprüche heragen, sei jedoch selten im Stande, den Verbrennungsprozeß der Kohle zu erklären. Daher gehe es, daß er später als Arbeiter auch nicht in der Lage ist, die Vorgänge um sich herum begreifen zu können. Redner verbreitete sich über

die Gefährlichkeit des Kohlenoxyd-Gases, welches sich aus den auf Bauten verwendeten offenen Kassenlöchern entwickelt und letztere zu einer Qual für fast alle Bauhandwerker werden läßt. Häufig seien die an Kohlenoxyd vergifteten Arbeiter noch obendrein genügt, die Ursache ihrer Krankheit aus anderen Gründen herzuleiten, eben weil ihnen ihr Unwohlsein die sehr nahe liegende Erklärung nicht begreifen läßt, andererseits ist es vielfach Gleichgültigkeit oder Apathie der Arbeitslosigkeit die Furcht, ihre Arbeit und ihr Brot zu verlieren, die sie abhält, vom Unternehmer die Beseitigung dieses Übels zu fordern. Dem kleinen Häuflein der organisierten Bauarbeiter ist es gelungen, für Berlin und Charlottenburg den Erlass einer Polizeiverordnung zu erwirken, welche das Aufstellen von offenen Kassenlöchern in allen Räumen, wo Menschen beschäftigt sind, verbietet. Allerdings sei dieses wertlos, so lange in ihr nicht auch eine Strafanordnung aufgenommen wird, da sich die Unternehmer sonst dem Tausch um Polizei-Verordnungen oder Arbeiter-Schutzgesetze kümmern. Nur einzelne gewissenhafte Baumeister richten sich schärfstenfalls nach denartigen Bestimmungen. Pflicht der Behörden wäre es, allgemeine generelle Verfügungen unter Strafanordnung zu erlassen. Er rief zum Schluß, zwecks Erlangung eines Verbots der Kassenlöcher auch für die weitere Umgegend von Berlin sich mit einem Besuch an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg zu richten. (Beifall.) In der Diskussion sprachen Kleinert, Schulz und Fr. Grünberg.

Kessler gab im Schlußwort bekannt, daß in nächster Zeit in Berlin eine Versammlung des Bauhandwerker-Kartells stattfinden, welche sich gleichfalls mit dieser Frage beschäftigen wird. Das Bureau der Versammlung wurde hierauf beauftragt, dem Oberpräsidenten nachstehende Resolution zu übermitteln:

Die 12. Versammlung erkennt in dem Umstand, daß ein Arbeiter bei offenem Kassenlocher durch Einathmen des ausströmenden Kohlenoxydgases die Arbeiter an der Gesundheit dauernd schädigt und frühzeitigem Siechtum entgegenseht, ein dringendes Bedürfnis, diese Uebelstände zu beseitigen. Der Herr Oberpräsident wird ersucht, das Aufstellen von Kassenlöchern in Räumen, wo Arbeiter beschäftigt sind, im allgemeinen Interesse der Bauarbeiter baldigst unter Strafanordnung zu verbieten und das Verbot bei Ertheilung der Baugenehmigungsscheine in diesem zu vermerken.

In Magdeburg fand am 15. d. M. eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung statt, zu welcher die Unabhängigen ihr ganzes Aufgebot und die Berliner Zwider Herrn Menzel entsandt hatten. Kollege Bod referierte eingangs über die gewerkschaftliche Bewegung und kam dann auf den Berliner Streik zu sprechen, seine Stellungnahme diesem gegenüber unter Zustimmung der Versammlung rechtsetzend. Nach ihm ergriff Menzel das Wort, welcher versuchte, die Haltung des Fachblattes und des Kollegen Bod als das non plus ultra aller Niederträchtigkeit darzustellen. Er wärmte die ganze Titonei von Bod's Fabrikantenfreundschaft, Bourgeoisium, Arbeiterfeind u. u. wiederum auf. In Mag sei er infolge der Artikel von einem Kollegen sogar mit dem Messer angegriffen worden. (N) Menzel verweigerte zunächst seinen „Genossen“ König, derselbe sei nicht ihr Genosse. Von Karl Fleischer in Berlin, den Bevollmächtigten der Berliner Filiale erklärte Redner, daß dieser hinter dem Rücken der Streikenden mit den Fabrikanten Simonsohn und Stern partiiert habe. Höchst sonderbar berührte es, daß der Wortführer der Streikenden Menzel erklärte, es sei ganz gleich, ob man Geld habe bei einem Streik oder nicht, nicht auf das Geld, sondern auf den Geist komme es bei einem Streik an. Ob man bei einem Streik siege oder nicht, darauf komme es nicht an, sondern, daß der revolutionäre Geist in die Massen getragen werde.

Als Kollege Bod dieses Gebahren kritisierte und erklärte, daß es ihm nicht gleich sei, ob ein Streik gewonnen oder verloren werde, denn verlorenen Streiks hätten regelmäßig viel Elend im Gefolge, rief ein „Unabhängiger“ eine Bemerkung dazwischen, die ja an der nötigen Furcht nichts zu wünschen übrig ließ. Redner bemerkte demgegenüber, also hatte ich Recht, als ich den Streik als einen frivolen bezeichnete. Die Herren wußten vielleicht gar nicht, wie es besser für die Anarchisten Propaganda zu machen. Die Schuhmacher Deutschlands machen da natürlich nicht mit. Hieraus erfolgten von einem Herrn Kaiser lebhafteste Zwischenrufe, die die insamsten Insulten gegen Bod enthielten.

Die Versammlung nahm gegen die Stimmen der paar Unabhängigen, unter welchen sich aber kein Schuhmacher befand, eine Resolution an, die die Stellungnahme des Kollegen Bod voll und ganz billigt.

Landemannschaft der Schicowig-Gesellschaft in Berlin. Mittwoch, den 17. Januar, Abends 8½ Uhr. Versammlung im Kommandanten-Garten, Kommandantenstraße 10-11. Ausgabe des Willems zum Welter Marktinhalt am Sonnabend, den 20. Januar, bei Woll, alle Jakobstraße 7. Nichtes in der Unnoence in der Freilicht-Halle.

Gasthaus und Freizeit. Öffentliche Versammlung am Mittwoch, den 17. Januar, Abends 8½ Uhr. Was nicht die Berufsorganisation? — Zweck des Verbandes. Referent: Genosse Liers.

Freie Vereinigung der Jünger-Angehörigen Berlin und Umgebung. Berlin-Versammlung am Mittwoch, den 17. Januar, Abends 8½ Uhr, im Restaurant „Der neue Welt“, Weststr. 20-21. Bericht der Kommission über die Konferenz mit dem Unterhaushaltsrat am 7. d. M.

Berliner sozialdemokratischer Arbeiter-Verein. Mittwoch, den 17. Januar, Abends 8½ Uhr, Eichenstr. 102. General-Versammlung. Tagesordnung: Abrechnung, Vorstandswahl.

Allgemeine Frauen- und Arbeitervereine der Metallarbeiter (A. G. H. 23 Hamburg). Donnerstag, den 18. Januar, Abends 8½ Uhr. Neue Freie Presse, 44. Bei Mollig-Versammlung der Ortskomitees der Filialen Berlin und Umgebung.

Kranke und Sterbende der Berliner Hausdiener (A. G. H. 21). Donnerstag, den 18. Januar, Abends 8½ Uhr, erste ordentliche General-Versammlung im Boullenshütten-Kongresshaus, alle Jakobstraße 7. Tagesordnung: Jahresbericht und Vorstandswahl. Culturbuch legitimiert. Nur geschäftliche Mitglieder haben Zutritt.

Charlottenburg: Frauen- und Mädchen-Gesangsverein des arbeitenden Volks für Berlin und Umgebung. Filiale Wobbe. Männer-Versammlung am Mittwoch, den 17. Januar, Abends 8½ Uhr, im Hotel „Münchhof“, Mühlenthorstr. 60. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Kieck-Wagdeburg über: Die Stellung der Frau in der Vergangenheit und Gegenwart.

Freiburg-Friedenau. Donnerstag, den 18. Januar, Vormittags 10 Uhr, Arbeiter-Verein. Vortrag: Ist die heutige Gesellschaft in der Lage, der Arbeitslosigkeit Einhalt zu thun? Referent: Reichstags-Abgeordneter Fritz Juchacz.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8½-10½ Uhr: Nord-Schule. Wollsch. 17a: Unterricht in der Geschichte (mittl.). O. H. Schule, Wollsch. 21: Unterricht in der Geogr. Süd-Schule, Weidenbergstr. 133: Unterricht in Rechnen und Deutsch (oberst.). Bei allen Unterrichtsstunden können Schüler und Schülerinnen auch, im Laufe des Semesters, eintreten.

Kass- und Ploktischklub. Mittwoch. Johann Jacoby, bei Fr. Siegel, Schwebelstr. 23. — Gesundbrunnen. Abends 8½ Uhr, bei Gersdorf, Bismarckstr. 27. — Gleichheit. Abends 8½ Uhr bei Stramm, Wollsch. 128. — Seine, Nordstr. Abends 8½ Uhr. Wollsch. 22, parterre. — Otto Reimer, bei A. Wollsch. Wollsch. 22, parterre. — Abends 8½ Uhr bei der Beige, Wollsch. 1.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgebung. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Auerbach, Wollsch. 22, parterre.

Arbeiter-Sänger-Bund Berlin und Umgebung. Mittwoch. Abends 8½ Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — Abends 8½ Uhr, Abrechnung. 26. bei Wille. — Freya, (Scheidtstr. 109), alle Schindlerstr. 22-23, Böhm's Bräuerel. — Klaritas, Gollsch. 22, bei Wille. — Deutsche Gasse, Gruner Weg 2 bei Säger. — Schol 1 Bank, Sägerstr. 27. — Steinmeyer, Himmelsstr. 6 bei Wollsch.

Ed. a. 1. Wollsch. 17a: Unterricht in der Geschichte (mittl.). O. H. Schule, Wollsch. 21: Unterricht in der Geogr. Süd-Schule, Weidenbergstr. 133: Unterricht in Rechnen und Deutsch (oberst.). Bei allen Unterrichtsstunden können Schüler und Schülerinnen auch, im Laufe des Semesters, eintreten.

Ed. a. 1. Wollsch. 17a: Unterricht in der Geschichte (mittl.). O. H. Schule, Wollsch. 21: Unterricht in der Geogr. Süd-Schule, Weidenbergstr. 133: Unterricht in Rechnen und Deutsch (oberst.). Bei allen Unterrichtsstunden können Schüler und Schülerinnen auch, im Laufe des Semesters, eintreten.

Ed. a. 1. Wollsch. 17a: Unterricht in der Geschichte (mittl.). O. H. Schule, Wollsch. 21: Unterricht in der Geogr. Süd-Schule, Weidenbergstr. 133: Unterricht in Rechnen und Deutsch (oberst.). Bei allen Unterrichtsstunden können Schüler und Schülerinnen auch, im Laufe des Semesters, eintreten.

Ed. a. 1. Wollsch. 17a: Unterricht in der Geschichte (mittl.). O. H. Schule, Wollsch. 21: Unterricht in der Geogr. Süd-Schule, Weidenbergstr. 133: Unterricht in Rechnen und Deutsch (oberst.). Bei allen Unterrichtsstunden können Schüler und Schülerinnen auch, im Laufe des Semesters, eintreten.

Ed. a. 1. Wollsch. 17a: Unterricht in der Geschichte (mittl.). O. H. Schule, Wollsch. 21: Unterricht in der Geogr. Süd-Schule, Weidenbergstr. 133: Unterricht in Rechnen und Deutsch (oberst.). Bei allen Unterrichtsstunden können Schüler und Schülerinnen auch, im Laufe des Semesters, eintreten.

Ed. a. 1. Wollsch. 17a: Unterricht in der Geschichte (mittl.). O. H. Schule, Wollsch. 21: Unterricht in der Geogr. Süd-Schule, Weidenbergstr. 133: Unterricht in Rechnen und Deutsch (oberst.). Bei allen Unterrichtsstunden können Schüler und Schülerinnen auch, im Laufe des Semesters, eintreten.

